

Alle Postkassen nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Perrenstraße Nr. 20. Instruktion, Gebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitzeile 1/2 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Gr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Gr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwel- ten Feiertage.



Breslauer

Beitung.

N^o. 288.

Donnerstag den 17. Oktober

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 14. Oktober. Persigny ist nach Berlin abgereist. Dupin hat Paris verlassen und Rothschild ist von Turin zurückgekehrt.

Der „Constitutionnel“ erklärt, die Vertagungskommission wäre nicht berechtigt gewesen, dem Ministerium einen Tadel auszusprechen.

Zwischen Preußen, Frankreich, Piemont und Spanien soll ein Vertrag abgeschlossen werden.

Gerüchte sprechen von bevorstehender Marschalls-Er-nennung der Generale Dabint und Baragat d'Hillier. 3% 56, 70, 5% 91, 70.

Hamburg, 15. Oktober. Berlin-Hamburger 89 1/4. Köln-Minden 96 1/2.

Getreide unverändert. Del p. Oktober 23 1/4, still. Kaffee 5 1/8 bez. Zink matter.

Stettin, 15. Oktober. Roggen p. Herbst 33 1/2 bez., p. Frühjahr 37 Gld. Rüböl p. Herbst 12 1/8 bez., p. Winter 11 3/8 bez. Spiritus 23, p. Frühjahr 21 3/4 Br.

Frankfurt a. M., 15. Oktober. Nordbahn 40 3/4. Wien 99 1/8.

Amsterdam, 14. Oktober. Integrale 56 1/16. Spanische inländische Schuld 3/4. 5% Metalliques 75 3/4. 5% neue Metalliques 80 1/4. Russische 4% Pope (1840.) 87 1/8. Russ. 4% Obligat. 87 1/8.

Del p. Oktober 35 3/4, p. Frühjahr 35 1/4. Roggen sehr flau.

Madrid, 9. Oktober. Die von Narvaez eingereichte Entlassung ist nicht angenommen worden.

Uebersicht.

Breslau, 16. Oktober. Der Staats-Anzeiger theilt eine Anzahl Aktenstücke mit, welche in der kurhessischen Angelegenheit zwischen Oesterreich und Preußen gewechselt worden sind, die wir aber größtentheils schon kennen. — Ferner verdienstlich dasselbe Blatt die Gratulations-Adresse seitens des Berliner Gemeinderaths an Se. Majestät den König.

Daß die kurhessischen Wirren sich jetzt zu lösen beginnen, ohne daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen notwendig ist, verdanken wir namentlich der Nachgiebigkeit Oesterreichs, diese Nachgiebigkeit gründet sich aber auf den Sieg, den Oesterreich gegen die Union errungen hat. Die Union ist nicht mehr! Für diesen Triumph konnte Oesterreich einen unfruchtbaren Streit darüber: wer in Kurhessen interveniren sollte? fallen lassen, zumal er wirklich zu blutigen Kämpfen und diese zu einem europäischen Kriege hätten führen können, dessen Ausgang diese zu einem europäischen Kriege hätten führen können, dessen Ausgang sich nicht vorhersehen ließ. Oesterreich scheint es also jetzt Preußen allein überlassen zu wollen, die kurhessischen Angelegenheiten zu ordnen.

Dies dürfte in der That auch keine großen Schwierigkeiten mehr machen, nachdem in Wilhelmshafen ein bedeutender Umschwung in der Politik erfolgt zu sein scheint. Der Kurfürst will, so lauten die letzten Nachrichten, Gassenpflug aufgeben und ein neues, verfassungstreuere Ministerium um sich versammeln. Dies scheint das Obige vollständig zu bestätigen, denn Gassenpflug stand so lange fest, als Oesterreich die kurhessische Frage nicht aufgab. Mit dem Rücktritt Oesterreichs von derselben, mußte Gassenpflug von selbst fallen. An die Stelle der Konfessionen zwischen Gassenpflug und den österrheischen Bundesrats-Mitgliedern sind öftere Zulassungen des preussischen Geschäftsträgers von Thile zu dem Kurfürsten getreten.

Unter Frankfurt theilen wir den Wortlaut des Protokolls von der 3. Sitzung des sogenannten „Bundestages“ am 17. September d. J. mit. Der hessische Bevollmächtigte stellte und motivirte seine bekannten Anträge auf Intervention des Bundes in Kurhessen. Der sog. Bundestag beschloß: eine Kommission (Baiern, Württemberg und Sachsen) zur Berichterstattung über diese Anträge zu ernennen.

In München hat man bei dem Volke leise fragend angeknüpft: ob und was es wohl zu einem Umsturz der Verfassung sagen würde? — Bemerkenswerth ist das Blatt, worin dieser Antrag stand, nicht konstatirt worden, obgleich man jetzt in Baiern alles Mögliche konstatirt.

In Hannover erwartet man mit jedem Tage die amtliche Publikation der Entlassung des Staatssekretärs und der Ernennung des neuen Kabinetts. Wie verlautet, will sich Niemand dazu finden, die Hinterlassenschaft des Herrn Stüve Anerkennung des Bundes-Beschlusses vom 21. Septbr. zu übernehmen. Vielleicht finden sich dann Kabinetts-Mitglieder, sobald die Kunde von der freundlichen Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich nach Hannover gebrungen sein wird.

In Schleswig-Holstein ist man thätig mit der Reorganisation derjenigen Haupttheile, welche bei der Bestimmung von Friedrichs-Stadt viel gethan haben, beschäftigt.

In Paris besteht noch großer Zorn zwischen der permanenten Kommission und dem Präsidenten; doch dürfte sich derselbe bis zur Eröffnung der National-Verammlung wohl gelegt haben, so drohend sich beide Parteien auch einander gegenüber sehen. — Persigny ist nach Berlin gereist, wird also kein neues Ministerium bilden. Eben so haltlos als dieses (gestern gemeldet). Gerücht, ist wohl auch die Nachricht von dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen, Frankreich, Piemont und Spanien. Freilich kommt es zunächst auf den Gegenstand des Vertrages und die gestellten Bedingungen an.

Breslau, 16. Oktober.

Wir hatten begonnen, das Zusammenwirken der konstitutionellen und der demokratischen Vertrauensmänner für die bevorstehenden Gemeindevahlen auf das richtige Maß und seine wahre Bedeutung zurückzuführen. Wir hatten ohne Leidenschaft und ohne Verächtlichkeit der Gegner durch einen einfachen Rückblick auf die politischen Kämpfe der jüngstvergangenen Zeit, und durch die Hinweisung auf diejenigen Fragen, um welche allein in der nächsten Zukunft es sich handeln wird, die Gründe darzulegen gesucht, weshalb wir für die nächste Zeit ein gemeinsames versöhnliches Zusammenwirken mit der sogenannten konservativ-konstitutionellen Partei für unmöglich halten müssen. Wir hat-

ten keinen Zweifel an der Vaterlandsliebe unserer Gegner ausgesprochen, und ihnen dieselbe Aufrichtigkeit ihrer Parteibezugung zugesprochen, welche wir für uns in Anspruch nehmen und gerade in dieser Verschiedenheit der Auffassung der konstitutionellen Wesens und der Grundbedingungen eines gesicherten konstitutionellen Lebens die unvermeidliche Nothwendigkeit eines getrennten Wirkens für die nächste Zeit gefunden. Es lag uns nun noch ob, darzulegen, warum wir in einem Zusammengehen mit den Demokraten in der Weise und unter den Beschränkungen, welche wir andrücklich hervorgehoben hatten und noch hervorzuheben gedachten, für die nächsten praktischen Aufgaben eine geringere Gefährdung unserer konstitutionellen Grundzüge zu sehen und in den nächsten praktischen Zwecken beider Parteien, der demokratischen natürlich nur in so weit, als dieselbe sich wieder innerhalb unseres Staatslebens gestellt, und dem geltenden Staatsrecht sich unterworfen hat, eine verhältnißmäßig vielfachere Annäherung zu finden glauben, als sie augenblicklich zwischen uns und der konservativen Partei stattfindet.

Wir müssen indes für heute unsere Erörterung unterbrechen, um der Schlesischen Zeitung auf einen Angriff zu antworten, welcher den bisher ehrlichen Streit in eine Richtung zu bringen droht, in welche einzugehen wir uns schämen müßten.

Das genannte Blatt bespricht in seiner heutigen „Uebersicht“ unsern Leitartikel in der letzten Dienstag-Nummer. Wir wollen der Schlesischen Zeitung nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, wollen daher nicht einzelne Gedanken aus ihrem Artikel herausreißen und entstellend wiedergeben, oder willkürliche Schlüsse aus dem von ihr Gefagten für ihre eigenen Bekennnisse ausgeben. Der angelegene Artikel der Schles. Ztg. ist offenbar hauptsächlich auf diejenigen Leser berechnet, welche unseren angegriffenen Artikel nicht gelesen haben. Wir aber wollen gerade, daß man es lese, wie die Schles. Ztg. polemik treibt, und geben daher die betreffenden Stellen aus der heutigen Uebersicht der Schles. Ztg. wortgetreu wieder.

Breslau, 15. Oktober. Uebersicht. Die Eigentlichen haben in der heutigen Bresl. Ztg. ihre Allianz mit der Demokratie, die von Seiten ihrer Chefs keine Mißbilligung erfahren hat und wird, mit der „Unzulänglichkeit“ ihrer Partei entschuldigt. Das klingt zwar wunderbar, ändert aber an der Sache nichts. Hoch wunderbarer hingegen die hieselbst vorgebrachten Theorien über Parteien und Parteileben. Demnach sollen nur immer Wenige die Bewußten, die große Masse aber denen gehören, die sich ihrer zu bedienen wüßten. Wir gestehen gern, daß uns diese Ansicht zu eigenlich ist, um ihren praktischen Werth für unsern Staatleben genügend zu wüßigen. Für entschiedener Verwerflich halten wir aber ihre Moral. Steht unter konstitutionellem Leben und sein moralisches Bewußtsein auf solchen Grundätzen, dann hätten seine Feinde nicht Unrecht, es für das Produkt der Wählerlei Einzelnen zu halten, die dann freilich die eigentlichen konstitutionellen wären im Gegensatz zu den am Seile geführten Massen. Woheraus aus solche Begründungstheorien Einzelner führen sollen, welche einer Nation so zu sagen den Kopf zuzuschneiden möchten, in den diese allmählig hineinzuwachsen soll, und die sich anmaßen, die Verufenen zu sein, dem blinden Volkssage den Saar zu faden — das haben wir an der Demokratie erlebt, die sich eben Volkspartei nannte, weil sie die Partei weniger Einzelner war, die sich nicht entblödeten, sich für die einzig Bewußten zu halten, an deren Keufelle dann die Masse des Volkes gegängelt werden mußte. Die Liebe für den Thron, für unser Königshaus, für die Verfassung, die in dem Herzen unseres Volkes, wie sich nachmal gezeigt hat, so feste Wurzeln trieb, würde damals jenen bewußten Einzelnen grimmig die Zähne gewiesen haben, wenn sie ehrlich ausgesprochen hätten, was sie in der That für die Verfassung, für die Verfassung, wie der gebäht Artikel offen auspricht, auf dieselben Kunststücke oder Parteimanöver gründen wollen, dann werden sie trotz ihrer Allianz mit den Demokraten doch nur dieselbe Enttäuschung und Enttäuschung erleben. Und hierin beruht eben die Bedeutung und Stärke der konservativen, daß Parteiführer wie Parteigenossen jene Zeichnung zwischen dem Bewußten und einem unbewußten Handeln, den man führen mußte, gar nicht kennen; daß beide über einander und den Geist ihrer Gesinnung klar sind, und daß die Partei niemals die Verlogenheit empfinden wird, daß sie Männer die Leitung der Partei anvertraut habe, die morgen — aus reiner Liebe für die Sache — mit den erbittertesten Gegnern dieser Sache ein Bündniß abschließen könnten.

Wir wiederholen, was wir neulich sagten: Beweis, daß die große Majorität Deere, welche sich konservativ nennt und dafür trotz aller bisherigen Verwundungen die besten Garantien gegeben haben, beweist, daß dieser Kern des Volkes nicht durchglüht und erwärmt ist von einer Verfassungstreue, wie sie in der Brust Aller wohnt, die geschworene Eide heilig halten, und ihr nicht Eud ein Patent aus Eurer konstitutionellen Triebfeder — nur nicht von den Demokraten, wie Ihr in diesen Tagen kläglich Weise gethan habt — ausströmen lassen. Die Demokraten werden allerdings stets die für die besten konstitutionellen erklären, die ihnen am besten in die Hand arbeiten, und das dürft Ihr nicht thun, soll man Euch nicht eines Tages ins Gesicht sagen, Ihr habt die Verfassung an die Demokratie überlieert. — Doch genug dieser Beleuchtung. Wie man die Sache dreht und wendet, einen elakteranten Selbstmord hat noch keine Partei bezogen, als er in dieser Allianz der Eigentlichen mit den Demokraten erfolgt ist. Siegt oder unterliegt — die Sache bleibt dieselbe. Unsere Mitbürger werden nie vergessen, daß man um ein eigentlich konstitutioneller zu sein, ein intolleranter Verächter der konfessionellen Parität sein muß. Dieses Aemuthszeugniß konstitutioneller Gesinnung werden Breslaus Eigenthüm, selbst wenn sie auf den Schultern der Demokratie gegiet haben sollten, nie vergessen machen!

Wir bitten nun die Leser, wo möglich unsern Leitartikel vom 14. Oktbr. noch einmal zu überlesen, um die Gewissenhaftigkeit gebührend zu würdigen, mit welcher die Schlesische Zeitung über den Inhalt desselben referirt. Wenige Bemerkungen werden dann hinreichen, um das Nachweil in sein richtiges Licht zu stellen.

Wir sollen also zunächst die „Allianz mit der Demokratie mit der Unzulänglichkeit unserer Partei entschuldigt“ haben. Wir verweisen unsere Leser auf das, was wir über die sogenannte „Allianz mit der Demokratie“ gesagt, auf den Zusammenhang, in welchem wir dort das Wort „Unzulänglichkeit“ gebraucht haben und fragen dann Jeden, der noch einen Funken von Ehrlichkeit und eine Ader von Logik besitzt, ob der Sinn, welcher in dem ersten Satze des Artikels der Schles. Ztg. liegt, auch nur annähernd dem Sinne unserer dortigen Erörterungen entspricht.

Die Schles. Ztg. geht sodann auf unsere Betrachtung über Parteien und ihr Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ein oder giebt vor, darauf einzugehen. Wir begnügen uns ebenfalls wieder, folgenden Satz einfach hervorzuheben:

„Demnach sollen nur immer Wenige die Bewußten, die große Masse aber denen gehören, die sich ihrer zu bedienen wüßten.“

Den schlechten Styl dieses Satzes sehen wir auf Rechnung des Korrektors; der Sinn und die Absicht aber, welche dem Verfasser bei Niederschreibung desselben vorgeschwebt haben, lassen es

uns bedauern, daß der Setzer den muthmaßlich grammatisch fehlerhaften Satz nicht wortgetreu wiedergegeben hat. Dieser Satz wäre es werth, in goldne Tafeln eingegraben, an dem Eingange zur Redaktion der Schles. Ztg. zu prangen als ein Ehrenzeichen würdiger Polemik.

Die Betrachtungen, welche der Verfasser der Uebersicht hieran knüpft, übergehen wir. Sie fallen mit jenem Satze, in dem wir geradezu eine Verfälschung des unabweislichen Sinnes unserer Äußerungen finden.

Ob unsere Ansicht über Parteien und deren Bedeutung, aber so, wie wir sie ausgesprochen, nicht wie die Schles. Ztg. sie verfälscht hat, richtig ist, können wir ruhig dem Urtheile politisch Gebildeter und Geschichtskundiger überlassen.

Wir machen so wenig Anspruch auf die Entdeckung dieser Wahrheiten, daß wir in der That nur einen allgemeinen Erfahrungssatz beiläufig auszusprechen der Meinung waren.

Ganz abgesehen von den Erfahrungen, die wir in unserer unmittelbaren Nähe zu machen Gelegenheit hatten, glauben wir, daß die Geschichte des Parteilebens in England und Frankreich bekannt genug wäre, um uns einer weitem Ausführung der kurz hingeworfenen Sätze zu überheben.

Wenn die „große Majorität“ derjenigen, welche sich konservativ nennen,“ von der geschichtlichen Regel eine Ausnahme macht, wenn in dieser Majorität alle Glieder durchdrungen sind von dem Bewußtsein des ganzen Inhaltes der Tendenzen der „konservativen Partei“, so werden wir die seltene Ausnahme bewundern, sobald wir an dieselbe zu glauben gelernt haben. Für jetzt möchten wir nur fragen: wo denn diese große Majorität im Sommer 1848 sich verborgen gehalten hat? Damals glaubten wir die Majorität auf einer ganz andern Seite zu sehen. Es scheint demnach doch, als ob in einem recht beträchtlichen Theile der „konservativen Majorität“ dies „Bewußtsein“ noch sehr jung sein müßte und darin scheint wieder nicht gerade die sicherste Bürgschaft für die unveränderte Fortdauer dieses Bewußtseins in allen Gliedern der gegenwärtigen konservativen Majorität zu liegen.

Wenn Ihr aber das Bewußtsein der konservativen Majorität in ihre Liebe für den Thron, für das Königshaus und für die Verfassung legt, wenn Ihr einen andern Inhalt des konservativen Bewußtseins nicht angeben wißt, so bestätigt Ihr eben unsere Ansicht über politische Parteien. Die Eigenschaften, welche Ihr nennt, sind — so Gott will — noch nicht eine Parteisache geworden. Wir vindiciren sie für uns in gleichem Maße. Wie man dem Thron und dem Vaterlande am besten dient, nicht ob man ihnen dienen soll, wie man die Herrschaft der Verfassung am erfolgreichsten erhält und befestigt, nicht ob man sie befestigen und erhalten soll: das sind die Fragen, welche unsere beiderseitigen Parteien trennen.

Wenn Ihr die Reinheit Eurer Partei gegenüber unserer vermeintlichen Allianz mit einer andern Partei so hoch erhebt, so möchten wir nur fragen: giebt es in Breslau so gar kein Wurzbüch, welches die Kreuzzeitung mit Begeisterung liest? Stimmen die hiesigen Anhänger der Kreuzzeitung nicht auch mit der großen konservativen Majorität? Oder werdet Ihr uns etwa nachstens auch die Verfassungstreue der Kreuzzeitungsmänner vor-demonstrieren? Wenn Ihr nun, wie wir es aufrichtig glauben, in Eurer großen Majorität konstitutionell gesinnt seid, wie steht es denn da bei Euch mit jener ungesunden jungfräulichen Reinheit der Partei? Oder werdet Ihr etwa puritanisch genug sein, um antikonstitutionelle Stimmen, wenn sie auf Eure Kandidaten fallen, nicht mitzuschlagen?

Zum Schluß endlich heben wir noch folgenden Satz aus der Uebersicht der Schles. Ztg. hervor:

„Unsere Mitbürger werden es nie vergessen, daß man, um ein eigentlich konstitutioneller zu sein, die Worte sind in der Schles. Ztg. gepostet gedruckt zu sein, ein intolleranter Verächter der konfessionellen Parität sein muß.“

Unsere Leser brauchen wir es nicht erst zu versichern, daß weder in unserem Leitartikel, noch in irgend einem Artikel unseres Blattes, welcher sich auch nur entfernt auf die Gemeindevahlen bezogen hätte, das konfessionelle Moment auch nur beiläufig erwähnt ist.

Die Behauptung der Schles. Ztg. ist nicht nur aus der Luft gegriffen, sondern, sofern sie uns angeht, eine bei der Leichtigkeit einer besseren Information unverantwortliche, und bei ihrer unverkennbaren Bedenklichkeit, eine unwürdige Unwahrheit.

Preußen.

Breslau, 15. Oktbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Apotheken-Beisitzer, Medizinal-Assessor Dr. Monheim zu Aachen, den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem pensionirten Polizei-Kommissarius Wäclting hieselbst, dem Stadtverordneten-Vorsteher Schiele zu Münscheberg, dem Stadtältesten Kamm zu Frankenstein und dem Kaufmann Krüger sen. zu Treuenbriegen, Kommandeur der dortigen Schützengilde, den rothen Adler-Orden 4. Klasse; dem berittenen Gendarmen Ferdinand Horst von der 8. Gardiemarie-Brigade das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Maurermeister Joseph Höbich zu Breslau und dem Schmied Lüdcke zu Großendorf, Regierungs-Bezirk Minden, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen. — Der bisherige Privat-Dozent Dr. Friedrich Dieteric hier selbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen königlichen Universität ernannt; der Kreis-Chirurgus des saargauer Kreises, Wolff, in gleicher Eigenschaft in den Kreis Neu-Stettin versetzt worden.

Se. königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist auf Schloß Sanssouci, und Ihre Hoheiten der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen sind im königlichen Schlosse zu Potsdam eingetroffen.

Bei der in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 22. August d. J. am 15. d. stattgefundenen achtzehnten Ziehung sind von den Seebadungs-Prämien-Gewinnen die 108 Serien:

8.	46.	53.	65.	72.	100.	107.	114.	139.
145.	157.	169.	170.	189.	221.	222.	286.	295.
300.	348.	363.	382.	406.	410.	415.	428.	432.
461.	462.	477.	495.	522.	541.	638.	649.	691.
695.	703.	704.	805.	836.	857.	917.	953.	962.
997.	1014.	1023.	1094.	1154.	1159.	1160.	1206.	1214.
1260.	1294.	1325.	1365.	1378.	1438.	1488.	1495.	1500.

1519. 1528. 1546. 1570. 1603. 1644. 1669. 1689. 1743. 1766. 1810. 1842. 1857. 1860. 1914. 1925. 1979. 1990. 2004. 2030. 2044. 2045. 2090. 2103. 2130. 2134. 2136. 2209. 2209. 2319. 2325. 2327. 2345. 2389. 2399. 2410. 2412. 2424. 2428. 2448. 2455. 2477. 2480. 2489. 2496. gezogen worden.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 5. Division, von Russow, von Frankfurt a. D. Der Hof-Jägermeister, Graf v. Reichenbach, von Breslau. Se. Durchlaucht der Fürst Nikolaus zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, von Köln. — Der königlich hannoversche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Graf zu Inn- und Knyphausen, von Hannover.

Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 7ten Landwehr-Brigade, von München, nach Magdeburg.

Breslau, 14. Oktbr. In der 33sten und 34ten Sitzung des provisorischen Fürsten-Kongressus am 1. und 4. d. M., sind demselben eine Anzahl Aktenstücke mitgeteilt worden, welche auf die kurhessische Angelegenheit Bezug haben und zwischen der österreichischen und preussischen Regierung gewechselt wurden. Das wichtigste dieser Aktenstücke haben wir in der gestr. Bresl. Z. abgedruckt, auf die übrigen kommen wir gelegentlich zurück.

Breslau, 15. Oktober. Heute wurde der Geburtsstag Sr. Majestät des Königs in allen öffentlichen und vielen Privatkreisen der Hauptstadt auf das Feiertagliche begangen. Es waren während der letzten Tage schon Vorkehrungen aller Art getroffen worden: unter Andern hatten sich die Vorsteher der Parochial- und Kommunal-Schulen vereinigt, um in ihren Schulen den Kindern einen Feiertag zu bereiten; ein Komitee zur Erleuchtung der belebtesten Theile der Stadt hatte sich gebildet, Gastmähler waren verabredet, Wälle festgesetzt worden; auch der Armen verfuhr man nicht: die Waisen wurden festlich gespeist und Sammlungen für Bedürfnisse des Winters veranstaltet; kurz Alles wurde aufgegeben, um die Liebe zu dem allverehrten Monarchen zu bethätigen.

Die Akademie der Künste hielt im langen Saale des Akademiegebäudes, wo die Büste Sr. Majestät des Königs aufgestellt war, Vormittags 10 1/2 Uhr eine öffentliche Sitzung. Nach einer Introduction des Vorstehers leitete der Vize-Direktor der Akademie, Herr Prof. Herbig, die Feierlichkeit dadurch ein, daß er auf die Bedeutung des Tages aufmerksam machte, der für das ganze Land, besonders aber für den Künstlerstand ein Tag der Freude sei. Die Künstler blickten mit dem Gesichte der vertrauten Dankbarkeit zu dem Könige auf, und die Lehrer der Akademie werden diese Dankbarkeit stets in der strengen Erfüllung ihrer Pflicht bethätigen. Die Huld Sr. Majestät hat ihre tüchtige Meister in allen Fächern gegeben. Sie werden dem Kennen der strengen Gesetze der Methode nicht verhehlen, denn der Künstler soll lernen, einen hohen Zweck verfolgen und die schweren Mittel dazu nicht scheuen. Wenn sich Alle in diesem Sinne vereinigen, so wird die Kunst in der Sonne der königl. Gunst reich erblühen. Darum stehen wir Alle den Segen des Himmels auf unsern königl. Herrn hernieder: Lang lebe der König! — Hierauf wurde ein „Domine salvum fac regem“ von C. E. C. mit Orchesterbegleitung gesungen und der geh. Reg.-Rath Töllen verteilte die durch Huld Sr. Majestät bewilligten Preise, nachdem er zuvor darauf hingewiesen, daß diese Preise nach zweijähriger Unterbrechung im Jahre 1849 wiederhergestellt worden seien. Man habe den Preisen mit Unrecht vorgeworfen, daß sie den Ehrgeiz reizen, keine wahren Kunstwerke hervorzuufen und daß die Belohnung den übrigen Bewerbern gegenüber maßlos sei. Der Redner dankte sodann dem Staatsmann im Namen der Akademie, dessen Liberalität auch heute einem Künstler, der das Accessit erhielt, die wohlverdiente Anerkennung hat zu Theil werden lassen. Vor zwei Jahren hielt man Preismedaillen für eben so unnütz als Titel; jetzt ist man anderen Sinnes geworden. Die Künste verdanken einzelnen Meistern ihre Blüthe; in diesem Sinne ist die Stiftung der Medaillen für die Meister, welche die vortrefflichsten Werke zur Kunstausstellung nach Berlin senden, gedacht worden. Durch Kabinettsordre vom 28ten vorigen Monats hat deshalb Se. Majestät der König geruht, auf den ehrfurchtsvollen Antrag der Akademie dem Historienmaler Professor Rosenfelder, Direktor der Akademie zu Königsberg, dem Bildhauer Professor Nitsch in Dresden und dem Landschaftsmaler A. Achenbach in Düsseldorf die große, sowie dem Historienmaler Schradner in Berlin, dem Landschaftsmaler Hildebrandt, dem Historienmaler Julius Rödler, dem Landschaftsmaler E. Pape in Berlin, dem Remarmer J. G. Meier aus Bremen und dem Holzschneider Professor Unzelmann in Berlin die kleine goldene Medaille zu verleihen.

Zur Preisbewerbung für Geschichtsmalerei war für dieses Jahr eine Scene aus der Sündfluth bestimmt worden. Es hatten sich 11 Maler zur Bewerbung gemeldet. Davon sendeten 5 ihre Gemälde ein; von welchen wiederum Einer freiwillig zurücktrat und ein Anderer sein vollkommenes Gemälde mit eigener Hand fertigte. Von den drei übrigbleibenden erhielt Gottlieb Biermann den Preis von 500 Rthlr. jährlich als Stipendium auf drei Jahre zu einer Studienreise. Das Accessit erhielt Karl Gütling.

Den von Michael Beer gestifteten Preis von 500 Thalern erhielt Meier Isaak Michael aus Hamburg in Paris. Der Redner stellte uns des Himmels Segen und Schutz für den König und sein Haus, worauf eine Festkantate nach Psalm 21 Vers 1-9 von Heinrich Dorn die Feier schloß. Dieselbe wurde durch die Gegenwart der geheimen Regierungsräthe v. Kortüm, Kugler und Brüggemann, des Bürgermeisters Herrn Naunyn und des Generalmajors v. Selafinsky beehrt.

In der königl. Universität wurde die Feier durch ein ambrosianisches Lied eingeleitet. Der geh. Rath Prof. Böck sprach sodann die Festrede. Er hatte in derselben den Satz: „Kein Glück hat lange Bestand“ zum Grunde gelegt. Dem Schwankungen des Glückes unterliegen einzelne Menschen und Staaten auf gleiche Weise.

Vor zwei Jahren mußten wir beklagen, dies war etwa der Inhalt der Rede, daß bei der Umwälzung in fast allen Ländern des Festlandes auch die Zunehmung und Unabhängigkeit des Volkes an den König und sein Haus, das Größe und Ruhm des Vaterlandes gegründet, nicht

mehr so ungetrübter war, als ebend. Vor einem Jahre konnten wir anerkennen, daß das Vertrauen zurückgefallen war, und jetzt ist es nicht minder vorhanden; aber der vertriebene Angriff auf das geheiligte Leben des Königs ruft uns in das Gedächtnis zurück, daß das Glück und Befähigung ist und die Freiheit der Kirchen und Paläste trifft. Dank dem höchsten, daß er die Freiheit verbindet; beten wir zu ihm, daß er fortan die Freiheit zu ähnlichem Beginnen schon im Keime erstreckt. Die Vorlesung wird dem preussischen und deutschen Vaterlande ihren Segen nicht entziehen, wenigstens dem großen Werke der Einigung Deutschlands, das Friedrich Wilhelm IV. unternommen, so viele Hindernisse entgegengetreten, daß die Hoffnung auf dieselbe zu Grunde getragen scheint.

Zu wende mich von diesen widerwärtigen Wirren ab, um von einem Gegenstande zu sprechen, der uns näher liegt: von der heiligsten Reform der Universitäten. Wie jedes organische Wesen in dem höchsten Grade sich bildet, so auch die Universitäten. Schon im Keime vorgebildet ist, so sind es die Universitäten. Die Altertümer hatten sich freie Vereinigungen von Lehrern und Schülern ohne vom Staate befohlen zu sein und obgleich die Grundprinzipien waren, doch ein in sich abgeschlossenes Ganzes bildeten. Freilich dieses Ganzes war: Freiheit nach Innen und nach Außen, Freiheit der Lehre und der Methode. Ähnlich war es im Mittelalter. Hier folgten die Schüler den Lehrern, wählten ihre Dozenten völlig frei, ohne von den städtischen Behörden abhängig zu sein; dennoch war ihnen keine Urkunde ausgehändigt.

Für die Lehre bestand freilich eine Aufsicht, auch war die Form keine freie: man pflegte zu diktieren. Erst seit der Reformation existieren wieder freie Vorträge. Wie man sieht, ist die Aufsicht immer gewesen ist, stets blieb die Freiheit das Lebensprinzip, besonders der protestantischen Universitäten. Diese wurden vorzüglich durch die Maßregeln des deutschen Bundes beschränkt, Beschränkungen, welche die Guld Friedrich Wilhelms IV. auf ein geringeres Maß zurückgeführt hat. Deshalb haben im Jahre 1848 gerade die freisten, die preussischen Universitäten, der geistigsten Macht am meisten die Freie bewahrt. Der königl. Minister, dessen wohlwollender, freisinniger Leitung die Universitäten untergeben sind, hat eine Verammlung deutscher Professoren berufen, um einen Grund für Reformen zu legen.

Ich halte unter diese Reformen die Freiheit der Lehre für eben so wichtig als notwendig. Schädliche Lehren tragen ihre eigene Vernichtung in sich; der Begriff des Schädlichen ist zumal sehr relativ. Die Römer haben die griechische Aporie, die Kirche hat die Astronomie und Philosophie für schädlich gehalten; in der Demokratie werden aristokratische, in der Aristokratie demokratische, in der Republik monarchische, in der Monarchie republikanische Grundsätze für schädlich gehalten. Soll darum nichts gelehrt werden, was der herrschenden Gewalt nicht genehm ist? Hier findet ein Satz des Tacitus Anwendung, den dieser dem Gallo in den Mund legt: Die nicht völlig genehmten Menschen werden weder die völlige Freiheit, noch die völlige Knechtschaft kennen lernen.

Wenn die Freiheit der Lehre der Disziplinargewalt unterworfen wird oder sonstige Beschränkungen eintritt, so behält er der höchsten Einsicht und Aufmerksamkeit der Gesetzgeber, falls nicht Urtheile wie bei Sokrates, Johann Bus, Galilei erfolgen sollen. Die äußere Freiheit besteht darin, daß die wissenschaftlichen Institute als möglichst freie Gemeinden eingetriben werden und bei Verantwortung gegen die Staatsbehörde Selbstverwaltung haben. Der Redner geht sodann die Forderungen, welche im Jahre 1848 gestellt wurden, durch und unterwirft sie einer Kritik. Zum Schluß spricht er die Hoffnung aus, daß unter Sanction des Königs und unter Mitwirkung der Volksvertreter ein Unterrichtsgegesetz erlassen wird, daß die Universitäten so frei machen wird, wie sie früher waren.

Wenn dann der Umsturz der Demokratie herbeiführen wollte, so wird es ihm nicht gelingen; denn diese ist der Bildung noch mehr abhold, als die Despotie, die doch wenigstens die Blüthen der Wissenschaft gern in ihrer Siegerkrone sieht. Freiheit und Ordnung werden ein festes wissenschaftliches Leben erhalten, und deutsche Einigkeit wird mindestens durch die Wissenschaft angebahnt werden, da sie die Politik nicht berühren konnte.

Wir wollen nie vergessen, im Geiste der Ordnung und Mäßigkeit zu witten. Möge Gott dem Könige und seinem hohen Hause mächtigen Schutz angedeihen lassen, möge Er die Treue des Volkes und die Guld des Königs unerschütterlich bewahren. (Schluß folgt.)

Der hiesige Gemeinderath hat sich gedrungen gefühlt, heute die nachstehende Adresse an Se. Majestät den König zu richten: Allerhochseligster, Großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr! Berufen durch das Vertrauen unserer Mitbürger zu dem ehrenvollen Amte ihrer Gemeinderath-Vertreter, begrüßen wir in eben so erheiter, als freudiger Stimmung den heutigen Tag. Er bietet uns zum ersten Male die hochwillkommene Veranlassung, dem Throne Ew. Majestät zu nahen, um an den Thron bescheiden den Ausdruck unserer Gesinnungen und Empfindungen übermitteln zu können. Eine an Erfahrungen reiche Vergangenheit liegt noch ausgerollt vor unseren Blicken, auf einer inhaltsreichen, noch vielfach in ungewisser Lösung begriffenen Gegenwart, ruht mit sorglicher Spannung der erregte Geist; aber mit freudiger, vertrauensvoller Zuversicht den Blick auf seinen König gerichtet, sieht das Auge des Preußen getrost der Zukunft entgegen. Gottesfurcht, Weisheit und Kraft sind die Erbgüter des hohen-johannischen Königs; ihnen verordnet Preußen seine Größe und Bedeutung, durch sie wird es auch hinfort glücklich, stark und groß aus den Verwicklungen und Gefahren hervorgehen, die seinen und Deutschlands Frieden bedrohen. Vorangegritten auf der Bahn sittlich freier Entwicklung, gestützt durch eine den Anforderungen der Zeit entsprechende staatliche Verfassung, geleitet durch die Hand eines hochherzigen, reichbegabten Fürsten, geführt durch das unauflösbare Band der Liebe und des Vertrauens, welches ihn mit seinem Volke verbindet, wird kein Angriff es gefährden, kein Sturm es erschüttern. Starke durch innere Einigkeit und durch die Fülle geistiger Kraft, wird es sich immerdar bejahen und thatkräftig bewahren und ruhmvoll sein Ziel erreichen. — Was zur Erhaltung dieser inneren Einigkeit von jedem Einzelnen geliehen müße, und wie bedeutungsvoll der Einfluß der Haupt- und Residenzstadt auf die ganze Monarchie sei, dessen sind wir uns klar und bewußt, und geloben an dem Throne Ew. Majestät, dafür mit allen unseren Kräften zu wirken und einzustehen. Möge Ew. Majestät geraden, dieses Gelübnis als den wahren Ausdruck der treuen Gesinnung unserer Stadt von ihren Vertretern huldreich entgegenzunehmen und ihr als Zeichen gnädiger und zuversichtlicher Aufnahme das hohe Glück zu Theil werden, das erhabene Königsdaar wieder dauernd in Ihren Mauern zu sehen. — Gott schütze Ew. Majestät und beglücke Preußens Volk noch lange mit der Wiederkehr dieses festlichen Tages.

Zu nächster Erörterung erheben wir
Ew. Majestät
Königlicher Majestät
der Gemeinderath der Haupt- und Residenzstadt Berlin.
Berlin, den 15. October 1850.

Berlin, 15. October. [Das Dekret der Union.] Die Union haucht mit dem heutigen Tage ihr künstliches und hartgepreßtes Leben aus. Es wird heute noch die letzte Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums stattfinden, in der aber in keiner Weise etwas beschlossen werden kann, da die Erklärungen der einzelnen Unions-Regierungen über die gemachten Vorschläge und über ihre zukünftige Position noch nicht eingetroffen sind. Die Union wird von heut an ein halb diplomatischer halb ideeller Verein, der die Fühne der Zukunft aushängen will, und diese wird ihm nicht so leicht von irgend einer Seite her streitig gemacht werden. Selbst Österreich wird der preussischen Union jetzt gern das ganze Geistesreich der Zukunft überlassen, und sich damit begnügen, die Gegenwart behaupten zu haben und im Besitz des alten bundesstaatlichen Terrains geblieben zu sein, auf welches es nun auch Preußen zu sich herüberkommen zu sehen hofft. Diese Hoffnung wird auch in gewisser Hinsicht und unter gewissen Modalitäten nicht getrübt werden. Mit dem 15. October 1850 tritt Preußen wieder in die Reihe der übrigen deutschen Bundesstaaten zurück, und entsagt derjenigen prinzipiellen Stellung, durch welche bisher die Rekonstitution des weiteren Bundes ausgehalten und unmöglich gemacht worden war. — Wer möchte noch ansehen, diesen heutigen Tag einen verhängnisvollen und vielentscheidenden zu nennen? Er wird sich nach allen Seiten hin als folgenreich zeigen. Mag man an die Unions-Zweien appellieren so viel man will — und es wird jedenfalls eine feierliche Erklärung in diesem Sinne öffentlich erlassen werden — so bleibt doch nichtbedeutender die gegenwärtige letzte Katastrophe des Bündnisses zugleich ein Rücktritt Preußens von den Prinzipien. In dem Austausch der Verständigungen zwischen Preußen und den übrigen Unions-Regierungen über den künftig einzunehmenden Standpunkt ist ausdrücklich hervorgehoben worden: daß jetzt wiederum das Streben dahin gerichtet sein müsse, den weiteren Bund rekonstituieren zu helfen und in demselben die völkerechtliche Gesamtheit Deutschlands in einer festen Form (natürlich ohne Parlament) wieder herzustellen. Diese gewaltige diesseitige Schwermut ist als das erste tatsächliche Produkt der Politik des Herrn v. Radowicz zu begrüßen.

Die österreichische Ministerial-Presse behält jetzt Recht, daß sie auf Radowicz als den Friedensstifter und Verständigungs-Gesetzgeber hofte. Preußen begiebt sich bereits in prinzipieller Hinsicht auf den Standpunkt der frankfurter Coalition, von der es nur noch durch die formelle Auffassung der Bundesfrage getrennt wird. — Dahin ist es mit unserer deutschen Politik gekommen! Preußen, welches noch im Jahre 1849 unabwiesbare Bedingungen hätte vorschreiben können und die Gestaltung Deutschlands in seiner Hand hatte, wird bald darauf angewiesen sein, sich Bedingungen von der frankfurter Coalition stellen lassen zu müssen. Die Union in der geistig verflüchtigen Form, in der sie übrig bleiben dürfte, möchte nur noch eine Modalität genannt werden können, in der mit der Coalition bequemer zu unterhandeln und abzuschließen wäre. Wenigstens hofft die preussische Regierung noch auf die günstige Bedingung, daß man sie in der Lage belassen werde, die Union als eine Gesamte-Form zu benutzen, in welcher der Norden Deutschlands mit den süddeutschen Staaten über die deutsche Verfassungsfrage abschließen könne. Preußen hofft, daß man ihm die freien Konferenzen doch noch gestatten werde! — Die öffentliche Stimmung ist längst davon zurückgekommen, in diesen sogenannten freien Conferenzen, auf welche Preußen abernals zurückgehen zu wollen scheint, irgend eine Garantie auch für die wirklich freie Entscheidung der deutschen Verfassungsfrage zu erblicken. Namentlich jetzt, wo auch auf preussischer Seite die Ideen der nationalen Repräsentation außer Wirksamkeit gesetzt sind, möchten jene Conferenzen alle und jede Bedeutung verloren haben. Union und Coalition sind, wie gesagt, jetzt gleichartige Elemente geworden, und es kann der Nation gleichgültig sein, in welcher Form sie ihren Compromiß schließen werden. Die deutsche Nation möchte an dem gansen Resultat nicht mehr beteiligt sein. — Die neue Stellung Preußens seit Aufgabe der Union wird sich sofort in der Behandlung der kurhessischen Angelegenheit offenbaren. Die umfassende Beziehung dieser Frage hört dadurch auf, und sie wird ideenlos von hier aus nicht mehr im Gegensatz gegen österreichische und frankfurter Politik aufgesetzt werden. Man wird sie als Einzelfrage innerhalb ihrer individuellen Beziehungen zu erledigen und auszugleichen suchen. So möchte die Nachricht von einer gemeinschaftlichen und gleichzeitigen Operation Österreichs und Preußens an der kurhessischen Sache zu erklären und zu formulieren sein.

Berlin, 15. October. [Officiöse Artikel über das Schicksal der Union.] Die Hoffische Zeitung, welche heute, am 15. October, hart unter dem Wappenzeichen singt: „Dem stetigen Beharren wird der Segen, das Unverdorbenen vor- und vorwärts dringt.“ — sie erklärt in ihrem Leitartikel unter einem Zeichen, das uns gewöhnlich die Ideen des Herrn von Radowicz kennen lehrt, daß, seitdem man „beseitigt den eigentlich prinzipiellen Gegensatz gegen das österreichische und überhaupt das Coalition-Interesse fallen lassen wollte, die Nothwendigkeit endlicher Entscheidung über die Differenzen wegen Kurhessen fortgeschafft sei und der Streitpunkt zu einem für Deutschland im Ganzen und Großen unwesentlichen Einzelfalle werde.“ Gleichzeitig vernehmen wir eine Auffassung dieses Einzelfalles von anderer Seite, die wir, sie mag gegründet sein oder nicht, als ein auf die diesseitige Stimmung wesentlich einwirkendes Moment mittheilen müssen. Es wird nämlich behauptet, daß die Beschäfte über die Umwandlung der Union rechtzeitig dem österreichischen Gesandten bekannt geworden seien, um ihn und seine Regierung zu einer verträglicheren Behandlung der hessischen Kräfte zu vermögen; es sei bereits zwischen den beiden deutschen Großmächten zu einer vollständigen Ausgleichung gekommen, die darauf hinausläufe, daß Preußen allein unter Österreichs Zustimmung die Ausgleichung, wahrenscheinlich nach Entlassung Hoffensflugs und Ernennung eines neuen Ministeriums (woon die Brest. Ztg. gestern bereits auf telegraphischem Wege Nachrichten erhalten) bewirken solle; die Lösung der hessischen Kräfte werde den Grund zu einer allgemeinen Ausgleichung legen, die Verhandlungen über den weiteren Bund, die dem Herrn v. Radowicz von jeher mehr am Herzen lagen, als das Schicksal der Union, würden jetzt in den Vordergrund treten und Alles darauf ankommen, für Preußen günstige Bedingungen in Bezug auf die Auffassung der frankfurter Veranlassung als freier Konferenz und die Erlangung resp. Theilung des Präsidialrechtes durchzusetzen, Ansprüche, denen Österreich sein bisher mit Erfolg gekröntes Verhalten entgegenzusetzen werde. Diese Nachrichten, deren Wahrheit, wir wiederholen es ausdrücklich, der Befestigung noch bedürfen, sind ebenfalls in der Hoffischen Zeitung an einer manquanten Stelle aus derselben unterrichteten Feder und zwar in einer Naivität zu lesen, welche selbst die altpreussische Gesinnung bestännt und erschreckt hat. Hier ist zu lesen von der „früher projectirten Union“, deren „verhüllene Konstruktion soeben auf unbestimmte Zeit bei Seite gelegt und als ein Saamenkorn für die Zukunft betrachtet werden solle, in welcher einmal andere Zeiten und Männer (!) dasselbe pflegen möchten“; die Grundfälle für die beiden Staatengruppen seien jetzt einander gleich, „das Bündnis, welches jetzt den Regierungen der ehemals beabsichtigten Union vorgeschlagen werde, sei ein Hilfsmittel für gemeinsame Unterhandlung mit den süddeutschen Regierungen; das Bedürfnis der Union in manchen Staaten sei infolgedessen geschwunden, als dieselben sich jetzt durch Österreichs Schutz des allgemeinen Wahrrechtes entschlagen könnten. ... Es werde nun erwartet, daß Österreich weniger hatte, weniger schroffe Bedingungen in Bezug auf die Bundesverfassung bewilligen würde.“ Und weiter unten, ohne Zweifel aus derselben Feder, die wiederholte Klage, daß die frankfurter Coalition „mit der jetzigen Nachgiebigkeit Preußens noch nicht befriedigt schiene“, kurz zuvor ein rechtlicher Wink über die Unferbarkeit, „der Ideen der Union“, wenn sie auch des Leibes ledig sind und die Herren vom Fürstenkollegium eigentlich nur in Berlin festgehalten werden, „um Preußens Anforderungen nicht in den schwersten Nachtheil zu setzen.“

Das heißt aus der Schule geplaudert! Wir sind begierig, ob es Verhättnissen auch für diese Bekenntnisse geben wird; die „Deutsche Reform“ drückt einige ihrer Kräftestellen ohne irgend einen Zusatz ab. Der „Staats-Anzeiger“ schweigt über das Schicksal der Union, dieses unglücklichen Emptro's, dessen Todesstagnation selbst dem dem Geburtstage seines Schöpfers zusammenzufallen scheint.

[Vermischte Nachrichten.] Der im Kriegsministerium fungierende geb. Kriegsgrath Fleck ist am vorigen Sonnabend von Dessau, wo derselbe in diesseitigem Auftrage mehrere Tage verweilt, zurückgekehrt. Der Zweck seiner Sendung war, mit der herzoglich anhalt-desauischen Regierung die zur Ausführung der mit diesem Staate abgeschlossenen Militär-Konvention nötigen Verabredungen zu treffen. In Folge dessen haben bereits mehrere deutsche Militärs-Regimente die Erlaubnis zum Besuche der Militärschule zu Erfurt erhalten.

Bei der am 12. d. M. stattgefundenen Wahl zweier Abgeordneten für den II. Danziger Wahlbezirk an Stelle der Herren Ober-Präsident v. Auerswald und Kreisgerichts-Rath v. Wegesack sind der Regierungsrath Magnaguet und Kaufmann Magnus in Berlin gewählt worden.

Am 13. d. M. kamen hier 814 Personen an und reisten 643 ab. Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Alexander Radziwill, nach Wien.

Bis zum 13. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 1139, Zugang bis zum 14. Mittags 3, Summa 1142.

Davon sind genesen 388, gestorben 653, in Behandlung geblieben 101. Unter den zuletzt gemeldeten 3 ist kein Todesfall.

Der große Meineids-Prozess wurde gestern um Mitternacht beendet. Vier Angeklagte wurden von den Geschworenen schuldig befunden und vom Gericht zu 8, 4, 3 und 1 1/2 Jahren Staatsarbeit verurtheilt. Ein in die Untersuchung gleichfalls impleziertes Frauenzimmer wurde freigesprochen. (C. B.)

Magdeburg, 15. October. [Königs Geburtstag.] Die Truppen am Erfurt. — Magdeburger Korrespondent.] Des regnigen Wetters und durchweichten Bodens wegen hat der kommandierende General v. Hedemann die militärischen Feierlichkeiten zwar abbestellen müssen, dagegen finden dieselben in anderer Art diesmal in größerer Ausdehnung statt. Festmahl, Speisung der Soldaten, Erleuchtung unseres herrlichen Domes und zahlreiche Bälle und sonstige gefellige Freuden — sind vorbereitete Freuden. — Unterdes bereiten sich die Erfurter Pioniere vor, morgen den großen Pontontrain des 4. Armeekorps abzufahren und nach Merseburg und Weissenfels aufzubrechen. Wenn der sonst gut in vergleichlichen Dingen unterrichtete „Magdeburger Korrespondent“ eine Unzahl Truppen nach Hesse marschiren läßt und einen Konflikt mit den südlichen Staaten Deutschlands befürchtet, so überreite er sich in mehrfacher Beziehung. Weder das 32. Regiment noch die hiesigen technischen Truppen, überhaupt Niemand rückt hier aus; die in die Richtung der Central-Eisenbahn von Erfurt gezogenen Militärmassen sind auch schwerlich zur Erneuerung alter diplomatischer Konflikte, sondern eher zur Beilegung neuerer bestimmt. Die Kasseler Nachrichten über das oberbefehlshaberische Verfahren gegen den „genessigen Vogt“ haben hier viel Aufsehen gemacht, da dieser Major in den polnischen Wirren bekannt, hier in Magdeburg eine einflussreiche Stellung im Generalstabe hat und sehr beliebt ist. — Endlich scheint ein Stillstand in die fast widerlich an die Deffentlichkeit gezogenen kirchlichen und religiösen Streitigkeiten eingetreten zu sein, was vielleicht Folge des Redaktions-Beschlusses des Magdeburger Korrespondenten sein mag.

Aus Thüringen, 13. October. [Militärisches.] In Erfurt ist bereits ein Armeekorps von 30,000 Mann versammelt, welches die Bestimmung hat, die kurhessische Grenze zu besetzen. Die Aeußerungen der höheren Offiziere deuten jedoch darauf hin, daß es die Absicht der preussischen Regierung sei, in Gemeinschaft mit einem andern deutschen Staate zur Aufrechterhaltung der kurfürstlichen Autorität einzuschreiten, und seien deshalb schon einige Zeit vertrauliche Verhandlungen zwischen den betreffenden Regierungen gepflogen worden. (Nat.-Z.)

Deutschland.

Dritte Sitzung der Bundesversammlung.
Gefehenen Frankfurt a. M., den 17. September 1850.
§ 9. Die Zustände im Kurfürstenthum Hessen betreffend.

Der kurhessische Gesandte hielt folgenden Vortrag: In den offenkundigen Zuständen Kurhessens legt sich der Kampf der Principien der Revolution gegen die Monarchie zu Tage; ist diese nach den fundamentalen Gesetzen des Bundes, mit Ausnahme der freien Städte, die Basis aller deutschen Bundesstaaten und muß schon an sich die Aufmerksamkeit dieser hohen Versammlung auf diesen Kampf gerichtet sein, so liegen doch noch spezielle Veranlassungen vor, welche die entgegengesetzte Thätigkeit der Bundesversammlung in Anspruch nehmen möchten und der kurhessische Gesandte ist daher angewiesen, die durch die Sachlage gebotenen desfalligen Anträge vorzulegen. Um der hohen Versammlung eine kurze Uebersicht der Sachlage zu geben, möchte es genügen sein, folgende Punkte hervorzuheben. In welchem Auftrage des Monats Juni 1. Z. war die Periode vollendet, in welcher auf den Grund des für das Jahr 1849 erlassenen Finanzgesetzes die Erhebung der Steuern und Abgaben stattfand. In häufiger Anwendung hat sich die Praxis im Kurstaate gebildet, daß wenn das Budget zur Zeit der Beendigung der Steuerperiode noch nicht zur Verabschiedung gekommen, durch ein, wie sich von selbst versteht, mit Zustimmung der Stände erlassenes Gesetz die Forterhebung der Steuern und Abgaben auf 6 Monate verlängert wurde. Demgemäß hatte die Regierung vor der Mitte Juni eine solche Vorlage gemacht, mußte aber leider vor der Mitte Juni eine solche Vorlage gemacht, die das am Ende Februar, das die damalige Ständeversammlung, die das am Ende Februar von Sr. Königl. Hoheit dem Kurfürsten eingelegte Ministerium über mit einem Mißtrauensvotum empfangen hatte, diese Vorlage in einer Weise behandelte, daß eine völlige Ablehnung derselben in Aussicht stand. Um eine formelle Steuererweiterung nicht zur Erscheinung kommen zu lassen, erfolgte die Auflösung der Ständeversammlung im Laufe des erwähnten Monats. Durch Vereinbarung mit dem hiesigen kurhessischen Ausschuss war festgesetzt, daß die indirekten Abgaben bis zur Eröffnung der Ständeversammlung, für welche neue Wahlen ausgeschrieben waren, vom 1. Juli an erhoben, aber deponirt werden sollten, während alle direkten Einnahmen unterboten blieben. Die neuen Stände konnten erst im Monat August wieder eröffnet werden, und in dem demselben zugelegt wurde, daß die Vorlage eines ungarbeiteten Budgets binnen 4 Wochen erledigt solle, wurde zugleich ein Gesetz vorgelegt, welches wegen des bereits seit dem 1. Juli ausgelegt gebliebenen Steuerbezugs, die Forterhebung der Steuern bis zum Schluß des Monats September verlangte. Sowohl der Entwurf dieses Gesetzes, als die von der Ständeversammlung mit demselben vorgenommenen Umgestaltung ist aus der Verordnung vom 4. September ersichtlich, wovon ein Exemplar hier beiliegt. Daß in diesem Vorgange eine eigentliche und wirkliche Steuererweiterung durch Handstände zu Tage gekommen, kann einem Zweifel nicht unterliegen, wie dies in der eben angeführten Verordnung näher dargelegt worden. — Der § 95 der Verfassungsurkunde, welcher dahin lautet:

„Dane ihre (der Stände) Bestimmung kann kein Gesetz gegeben, ausgehoben, abgeändert oder authentisch erklart werden. Im Eingange eines jeden Gesetzes ist der landständischen Zustimmung ausdrücklich zu erwähnen. Verordnungen, welche die Handhabung oder Vollziehung befehlender Gesetze bezwecken, werden von der Staatsregierung allein erlassen. Auch kann, wenn die Handstände nicht versammelt sind, so solchen ausnahmsweise erforderlichen Anträgen, welche die Ausführung der Gesetze betreffen, wofür die vorhandenen Gesetze unzulänglich sind, von dem Staatsministerium unter Zuziehung des landständischen Ausschusses (§ 102) auf den Antrag der betreffenden Ministerialvordräge für vorläufig und unaufrichtiglich zur Sichertheit des Staates oder zur Erhaltung der ernstlich bedrohten öffentlichen Ordnung erklart werden können, ungesäumt gedruckt werden. Hierauf aber wird nach dem Antrage jenes Ausschusses sobald als möglich die Einberufung der Landstände erlassen Anordnungen zu erwecken.“

berichtigt die Staatsregierung, bei außerordentlichen Begebenheiten provisorische Gesetze zu erlassen, und wurde durch die eben erwähnte Verordnung die Forterhebung aller Steuern angeordnet. — Die betreffenden obren Finanzbehörden weigerten sich die Vollziehung dieser Verordnung, so wie von den Andern der Befehlsgewalt, unter Verweigerung auf ihren, die Beobachtung und Aufrechterhaltung der Bundesverfassung verweigern (sic), den Gehorsam zu verweigern, weil sie eine Verletzungsmöglichkeit in der Verordnung vom 4. September zu finden wähten. Eine landständige Steuererweiterung mit ihrem unerwünschten Eingriff in das ganze Staatsleben, und die Fortgang derselben in den gewöhnlichen Formen nicht zulassen, und die kurhessische hessische Regierung sah sich daher genöthigt, auf den Grund des § 95 der Verfassungsurkunde die durch den Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 gegebene Anweisung, den Kriegszustand für den Kurstaat durch die Verordnung vom 7. d. M. auszurufen, von der ein Exemplar hier beiliegt, zu bedienen. Auch dieser Vorweg, ward der Gehorsam von den Behörden und Gerichten verweigert, indem eines Theils der Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 als durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848, welcher die sogenannten Ausnahmengesetze und Beschlässe ohne nähere Bestimmung aufhob, als nicht weiter gültig behauptet, so wie von den Behörden, die auf den Grund des § 95 der Verfassungsurkunde erlassen wurden, die Gültigkeit von einseitigen gültigen Gesetzen abgesprochen wurde. Das Gesamt-Staatsministerium sah sich, um dieser Meinungs entgegen zu treten, vorerst zu einer Belagerung der Behörden veranlaßt, die durch das im Abdruck hier anliegende Kelttript gegeben worden ist. Allein auch dieses ist ohne Erfolg geblieben. Eine Ministerial-Versammlung, welche auf völlig unbedingte Auslegung der kurhessischen Verfassung sich stützt, ist so allgemein in die den Ministern zur Vollziehung unmittelbar untergeordneten Organe eingedrungen, daß derselben mit allen Kräften entgegen getreten werden muß. Welche Höhe, die Sicherheit von ganz Deutschland bedrohende Bedeutung die in einem Bundesstaate vorkommende händische Steuererweiterung in sich trägt, hat der in der 22. Sitzung der hohen Versammlung vom Jahre 1832 gefasste Bundesbeschluß erkannt, und jede Regierung eines Bundesstaates hat danach die Verpflichtung übernommen, den Folgen eines solchen Vorganges auf das kräftigste entgegen zu treten, damit in ihrem Theile die Sicherheit des Ganzen gewahrt bleibe. Der deutsche Bund hat

aber auch nach der Ansicht der kurfürstlich hessischen Regierung unzulässig den Beruf, darüber zu wachen, daß die Bundesregierungen auch die Mittel nicht fehlen, welche an sich erforderlich sind, um die aus einer händischen Steuererweiterung hervortretenden Entwicklungen mit Erfolg beizulegen zu können. Daß bei der Erwerbung dieses Punktes nicht davon die Rede sein kann, dem Ermessen der Regierungen, in welcher Weise solche Mittel zur Anwendung zu bringen in einzelnen Falle angemessen erscheinen konnte, vorzuziehen oder sonst überall darauf einwirken zu wollen, versteht sich von selbst, daß es völlig genügen möchte, auf diesen Punkt, als einen gar nicht mit dem zu stellenden Antrage berührt, hingewiesen zu haben. Daß bei der Erwählung tauglicher Mittel nicht von der zu Gebot stehenden bemächtigten Macht die Rede ist, versteht sich von selbst, es kommen vielmehr Anordnungen und Bestimmungen der Regierungen in Betracht, welche die gegen Kraft haben müssen, soll auf deren Erfolg gerechnet werden können. Es muß ihnen die innere Beschaffenheit einmühen, jede Möglichkeit anzuschließen, ihrer Bestimmung, ohne unabweislichen Anstoßsam zu begehen, sich einzusetzen zu können. Die kurfürstlich hessische Regierung glaubt nach der bisherigen Darstellung der nachstehenden Anträge vorlegen zu sollen: Hohe Bundesversammlung möge beschließen: 1) daß eine Steuererweiterung, wie solche in den Ziffern I. und II. des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832 unterstellt wurde, in dem Beschlusse der kurhessischen Ständeversammlung vom 31. August v. J. enthalten ist; 2) daß die in den eben erwähnten Ziffern I. und II. des Bundesbeschlusses enthaltene authentische Interpretation der Art. 57 und 58 der Wiener Schlichte durch den Bundesbeschluß vom 2. April 1848 nicht berührt sein könne; 3) daß den Verhandlungen und Vorschriften, welche in Anwendung des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832 von den Bundesregierungen ergehen, die Kraft von Gesetzen einwohnend sei, deren Bestimmung sich weder die Gerichte und anderen Behörden, noch die Unterthanen, ohne schwere Pflichtverletzung unter irgend einem Vorwande entgegen setzen könnten. Endlich 4) glaubt der kurfürstlich hessische Gesandte sich darauf beschränken zu müssen, es hervorzuheben, daß es nur der Erwägung der hohen Versammlung überlassen bleiben könne, in wie weit dieselbe durch die bisherigen Vorgänge und Mittheilungen hinreichende Veranlassung bekommen habe, von Umwägung Maßregeln zu ergreifen, welche in den Bundesbeschlüssen ihre Grundlage haben.

Präsident beantragt, die hohe Versammlung wolle beschließen: diese Angelegenheit einem Ausschusse für sofortigen Prüfung und Begutachtung zuzuweisen. — Hierüber wurde zur Abstimmung geschritten und einhellig beschlossen: in Gemäßheit des Präsidial-Antrags einen Ausschuss von drei Mitgliedern zur Begutachtung dieser Angelegenheit zu wählen. Bei der sonach erfolgten Wahl dieser Mitglieder wurden als solche bestimmt die Herren Gesandten von Bayern, Württemberg und Liechtenstein.

Auf Antrag des Präsidenten wurde hierauf die Sitzung geschlossen. Fr. Dun. Kplander. Rosig und Jändendorf. Detmold. Reinhard. Hassenpflug. Münch. Bätow. v. Scherff. v. Derken. Dr. v. Linde.

Frankfurt a. M., 13. October. [Die Stimmung im Lager des Bundestags] scheint geändert. Sanftere Empfindungen scheinen an die Stelle der kriegerischen Gesinnung getreten zu sein. Die Nachricht von der den österreichischen Truppen ertheilten Kontroordre ist allgemein verbreitet und wird geglaubt. Dies schließt ein, daß der Marschbefehl wirklich ertheilt gewesen, also zurückgenommen sei. — Kürzlich wurde behauptet, Fürst Gortschakoff sei angelangt, um seine Kreditivie bei der Versammlung im Bundes-Palais zu überreichen. Nach eingegangenen Erundigungen weist er gegenwärtig nicht in den Mauern von Frankfurt. (Ref.)

Frankfurt, 14. Okt. [Verschiedenes.] Die offenbar von großdeutscher Seite veranlaßte und allenfalls im Interesse des sogenannten Bundesstages liegende Meldung einer Abdankung Sr. L. Hoheit des Kurfürsten von Hessen ist unbegründet, dagegen kommt uns die Nachricht zu, daß der Kurfürst und ein Theil seines Ministeriums die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die extremen Maßregeln nicht cathsam wären und daß die Verfassung veränderliche Elemente in das Ministerium mit Ausschließen des factum bekannten Premierministers eine friedliche Auslegung der entstandenen Konflikte ermöglichen würde. Es dürfte also in diesen Tagen ein Ministerwechsel bevorstehen. Aeußerungen betreffender Art sollen, wie wir schon angedeutet haben, in dem nach Berlin abgeschickten Handschreiben des Kurfürsten beifällig sein, so daß man eingesehen hätte, ein einseitiges Vorgehen des sogenannten Bundesstages entbehre jeder rechtlichen Grundlage und Preußen habe das volle Recht, auf der Forderung zu beharren, daß es sich bei der Schlichtung der kurhessischen Frage nicht minder betheilige, als irgend welche andere deutsche Regierung.

Der Herzog von Nassau hat sich mit einer Prinzessin von Anhalt-Desau, Tochter des Prinzen Friedrich, verlobt. (S. 3.)

Wie man vernimmt, wird auch G.M. v. Schönhals in dieser Woche von hier abgehen; Thatsache ist wenigstens, daß derselbe seine Wohnung gekündigt hat. Im Schooße unseres Casinos ist ein Kern der diplomatischen, militärischen und finanziellen Aristokratie in der Entwicklung begriffen, der bereits ein abgesondertes, mit vielem Luxusaufwande ausgestattetes Lokal als Vereinigungspunkt in Mische genommen hat. An der Spitze dieses Unternehmers stehen Graf Thun, Lord Cowley und Moriz v. Bethmann. (D.-M.-Z.)

Kassel, 14. October. [Tagesbericht.] Der bisherige Begleit-Direktor Volmar ist unter Verleihung des Präsidial-Raths zum Vorstande des Finanzministeriums ernannt worden und da die Ernennung offiziell bekannt gemacht worden ist, so hat er dasselbe auch angenommen. (S. gestrige Depesche.) — Seit heute ist allgemein ein Gerücht verbreitet, daß bei seiner Bedeutung wegen, nicht unerwähnt lassen dürfen, da es, wie es scheint, absichtlich, von einer gewissen Seite her, in Umlauf gesetzt wird. Hiernach soll der Kurfürst vorläufig auf die Ausübung der Regierung verzichtet und den Prinzen Friedrich von Hessen zum Mitregenten bestellt haben. Die Sache liegt als Auslegungsmittel, durch die Ereignisse des Jahres 1831 noch hinlänglich in der kurhessischen Geschichte, so nahe, als daß sie vielleicht nicht einige Wahrscheinlichkeit für sich hätte. Zunächst müßte dann erst Landgraf Wilhelm, geboren am 24. Decbr. 1787, auf die Nachfolge verzichten, ehe dessen Sohn Friedrich, geboren am 26. Novbr. 1820, successionsfähig könnte. Dieser Prinz Friedrich von Hessen ist derselbe, welcher sich am 28. Januar 1844 mit der Großfürstin Alexandra Nicolajewna vermählte, aber bereits am 10. August 1844, also desselben Jahres, Wittwer ward. Daß derselbe zu großen Hoffnungen berechtigt, darüber haben wir noch keine Stimme laut werden hören. — Das demalsten sehr wichtige Verhandlungen in Wilhelmshad gepflogen werden, das möchte wohl keinem Zweifel unterliegen, denn in diesem Sinne sprechen sich alle Mittheilungen aus. Den neuesten Nachrichten daher, soll namentlich seit einigen Tagen der preussische Gesandte am kurh. Hofe, v. Thile, wieder mehr Zugang zum Kurfürsten haben. — Im Uebrigen sind hier keine Aenderungen eingetreten. Daß der sog. Oberbefehlshaber v. Dapnau bei der Uebernahme seines Amtes auch sein irdisches Wohl nicht vergessen hat, geht daraus hervor, daß er sich außer Neben-Emolumenten c. ein jährlichen Gehalt von 7000 Rthl. hat zusichern lassen. Wahrlich, diese Leute thun Alles zur größten Ehre Gottes und einzig und allein zur Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzipis. Sie wollen ja nur das Beste des Volkes, d. h. in ihren Augen, sein Geld.

Marburg, 14. October. Reise, welche mit dem letzten Bahnzuge gestern Abend von Kassel hier durchkam, brachten das Gerücht mit, Hassenpflug sei abgetreten und die Herren

Elvers und Wippermann mit der Bildung eines anderen Ministeriums beauftragt. Gestern Mittag wurde man in Kassel noch nichts davon.

München, 13. Oktbr. [Aufforderung zu einem Angriff auf die Verfassung.] Bei uns herrscht gegenwärtig eine ziemlich große politische Aufregung. Veranlassung hierzu gab eine in den gestrigen „Neuesten Nachrichten“ enthaltene halböffentliche Artikel, als dessen Verfasser man den Ministerialrath Dachenberger im Ministerium des Aeußern bezeichnet und worin behauptet wurde, daß auf Grund des Artikels 21 der sogenannten geheimen Wiener Konferenz-Beschlüsse vom Jahr 1834 den Bundesländern ein unbefristetes Steuerverweigerungs-Recht nicht zustehe. Da nun erwähnte Wiener Konferenz-Beschlüsse in Baiern ausdrücklich mit dem Vorbehalte publizirt wurden, daß nur jene Geltung haben, welche die zu Recht bestehende bairische Verfassung nicht alteriren, und die halböffentliche Artikel des erwähnten Blattes noch jedesmal die Bahn im Voraus bezeichneten, welche unser Ministerium bald darauf verfolgte, so ist heute in demselben Blatte ein Aufsatz vom Verfasser des bekannten Buches „Baiern und die Restauration“ erschienen, welcher lautet:

„Öffentliche Aufforderung. In der heutigen Nummer der „Neuesten Nachrichten“ befindet sich eine politische Einleitung unter dem bekannten Zeichen —, welche Grundzüge aufstellt, deren Anwendung nicht nur die in den Proklamationen von 1848 und 1849 enthaltenen Bestimmungen bezüglich Deutschlands und Baierns umstürzen, sondern selbst einen höherräthlichen Angriff auf die zu Recht bestehende bairische Verfassung in sich schließen würde. Ich bitte alle Baiern von Ehre dringend, diesem Artikel die sorgfältigste Berücksichtigung zu schenken. Zwar hat der Verfasser der — Artikel den offiziellen Charakter seiner Einleitungen einmal abgelehnt: allein geht — was weder in Baiern noch im übrigen Deutschland geglaubt wird — dießelben würden nur die Privatmeinung eines Mitgliedes der ministeriellen Partei ausdrücken, so genügt die Möglichkeit einer solchen Sprache von Seiten eines Parteimitgliedes und der Umstand, daß bei den jetzt überhandnehmenden Konfessionen, dieser Artikel nicht konfiszirt worden ist, um ihm die ernsteste Bedeutung zu geben. Es ist Gefahr im Verzug. Unsere theuersten Rechte sind bedroht, wenn die Gedanken, die dieser Artikel ausstrahlt, nicht vom Ministerium verurtheilt werden. Den Verfasser desselben aber fordere ich auf, sich zu nennen, wenn er dazu den Muth hat.“

Friedrich Rohrer. Se. Majestät der König von Baiern ist am 10. Abends und Se. Majestät der König von Württemberg am 11. Vormittags in Bregenz eingetroffen.

Hannover, 14. Oktober. Die Nieders. Ztg. schreibt unter dem heutigen Datum: „In unterrichteten Kreisen erwartet man bereits heute oder morgen Abend eine offizielle Bekanntmachung in der Hamov. Ztg. in Betreff der Entlassung des Ministeriums.“

Österreich.

Wien, 15. Oktober. Das Gerücht, daß der Kaiser seine Rückreise unterbrochen und bereits heute schon eintreffen soll, wiederholt sich und ist auffallend. Fürst Schwarzenberg soll sich fortwährend in der Umgebung Sr. Majestät befinden. Die Verordnung bezüglich der künftigen politischen Organisation Galiziens wird morgen veröffentlicht werden. Demnach zerfällt das Kronland in drei Regierungsbezirke u. z. 1) Regierungsbezirk Krakau, bestehend aus dem Gebiete des ehemaligen Freistaates und den früheren Kreisen Wadowice, Wodnia, Sambor, Jasio, Tarnow und Reszow. 2) Regierungsbezirk Lemberg, bestehend aus den ehemaligen Kreisen Przemysl, Zolkiew, Lemberg, Sanok, Sambor und Theilen der Kreise Stryp, Loozow und Bregzan. 3) Regierungsbezirk Stanislawow aus den übrigen Theilen der oben erwähnten Kreise, und aus den früheren Karnopol, Gorzkow, Stanislawow und Kolonaa. — Die Wiener Zeitung wird morgen das hochwichtige Gesetz in Betreff der Bildung eines Entschädigungsfonds zum Behuf der Kapitalisirung von Grundentlastungskonten nach dem Reichsgesetzblatte mittheilen. Es ist hauptsächlich darauf berechnet, die Entschädigungsrente gänzlich vom ehemals unterthänigen Boden abzulösen und durch die Kapitalisirung den Dominikbesitzern die geeigneten Mittel zur Verbesserung ihres Bewirtschaftungssystems darzubieten.

Prag, 14. Oktbr. [Militärisches.] Gestern Abend 7 Uhr entfiel in dem Wirthshause bei St. Peter zwischen 3 Soldaten des Regiments Wohlgenuth und 7 Mann von Baron Wimpffen ein Streit, in Folge dessen der Tambour von Wimpffen den Säbel zog und damit den einen Soldaten des erregten Regiments in den Unterleib traf. Hierauf kamen die 2 Gemeinen von Baron Wohlgenuth, Namens Ehardt und Popesch, sowie die übrige Mannschaft von Wimpffen aus dem angrenzenden Zimmer herbei und es entstand ein allgemeiner Kaufhandel, wobei 2 Gemeine von Wohlgenuth erschlagen und der Gemeine Tschner schwer verwundet wurde. Dieser flüchtete sich sodann in den nahen Garten, wo man ihn auch nachher fand. Die dabei anwesenden Personen vom Civil entfernten sich beim Beginn des Kaufhandels. Der Wirth, welcher die Patrouille holen wollte, wurde beim Thore von 3 Gemeinen mit gegengemem Bajonnet daran verhindert. Durch den Sohn des Wirthes und einen Civilisten wurden jedoch 2 Patrouillen geholt, zwischen denen sich ebenfalls ein Streit entsponnen haben würde, wenn dieser nicht durch einen zugegen gewesenen Feldwebel von Wimpffen dadurch beschleunigt worden wäre, daß er die zweite Patrouille abschaffte. Zur Bewachung und Transportierung der Leichen und des Bewunderten wurden sogleich die nöthigen Anstalten getroffen. (Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. [Tagesbericht.] Alle Welt spricht heute noch von den jüngsten Sitzungen der Permanenz-Kommission. Wie ich nachträglich erfahre, war in der Sitzung der Kommission am Tage vor der Revue von nichts Geringerem die Rede, als die Minister in den Anklagezustand zu versetzen. Allein Herr Dupin, der in den parlamentarischen Stürmen niemals seine Kaltblütigkeit verliert, brachte auch diesmal die bewegten Willen mit seinem „quos ego“ zur Ruhe. Die Kommission, m. H. — rief er — hat nicht nur die Aufsätze, was man zu sein, sie muß auch vorsichtig sein.“ Bei die-Handlungen von bedeutender Tragweite sind, beruhigten sich die mehr möglich, das Protestat der Sitzung zu redigieren. In der etwa folgender Vassus in das Protokoll aufgenommen: „Die bei Satony staltfinden, die Provokationen, die sie veranlaßt, sowie die Nichtbefragung derselben.“ — Die ehrsüchtigen Journale geben sich die Mühe, diesen Beschluß der Kommission als unbedeutend darzustellen. Das Eine bemerkt, daß es durch die Kommission an den Berg erinnert wird, der von einer Maus nieberkommt, was nicht so ganz unrecht ist. Ein anderes behauptet, daß bis zu dem Zusammentritt der Versammlung die Neuver-Angelegenheit in Vergessenheit gerathen sein, und daß man wieder einmal Lärm um Nichts gemacht haben wird, und daß man diesen spöttischen Bemerkungen giebt sich jedoch eine gewisse Unruhe zu erkennen. Man sülbt es den Artikeln an, daß das Elfyce einen harten Krieg, eine starke Koalition gegen sich erwartet, und es hofft sie zu besiegen, indem es ihre Präntionen als unbedeutend darstellt. Von beiden Seiten bereitet man sich nun ernstlich zum Kampfe vor, man verucht sich in verschiedenen Manövern, man sucht die öffentliche Meinung zu gewinnen, die sich mehr als jemals indifferent zeigt. Aber dies läßt voraussehen, daß sich die Parteien bei dem Kontakt auf der Tribüne

mit großer Leidenschaftlichkeit begegnen werden. — Dieser Kampf wird sich indeß nicht zwischen der gemäßigten und rothen Partei entwickeln, sondern zwischen der parlamentarischen, geführt auf den General Changarnier, und der konpartistichen. Setzt sich dieser Antagonismus durch gegenfeitige Fülle fort, so wird es endlich dahin kommen, daß General Changarnier von Konpartie abgesetzt und von dem Präsidenten der National-Versammlung an die Spitze einer andern Armee gestellt wird; die Folgen eines solchen Schrittes sind unberechenbar.

Die rothe Partei wird im Nord-Departement sich nicht an der Wahl betheiligen; die Schlacht wird demnach nur zwischen dem ehrsüchtigen Kandidaten General Roguet und dem parlamentarischen, Herrn Guizot, geliefert werden.

Rußland.

Warschau, 14. Okt. Gestern fand große Vorstellung bei der Kaiserin statt. Abends besuchte Ihre Majestät das Theater. Angekommen in Warschau sind: Prinz Friedrich von Preußen, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und der Herzog Eugen von Württemberg, kaiserlich russischer General.

Italien.

Turin, 11. Oktbr. Graf Cavour ist zum Handels- und Marine-Minister ernannt. Pinelli ist von seiner verunglückten Sendung bereits zu Florenz angelangt. Ferdinand Barrot verläßt Turin.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 16. Oktbr. Der königliche Geburtstag wurde gestern Abend auch in geselligen Kreisen der hiesigen Einwohnerchaft gefeiert. Im festlich decorirten Springergarten Lokale veranstaltete die konstitutionelle Bürger-Resourse ein Abendessen, an welchem ungefähr 250 Mitglieder Theil nahmen. Ein von Herrn Vedell nach der Melodie „Heil Dir im Siegerkranz“ gedichtetes Festlied eröffnete die Feier. Eine feierliche Tafelmusik der Springergarten Kapelle und zahlreiche Trinksprüche wechselten während des Mahles mit einander ab.

Der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Appellationsgerichtsrath Greiff, brachte den ersten Toast auf Se. Majestät den König aus. Der Redner äußerte sich folgendermaßen: „Zum ersten Male seit seiner Thronbesteigung feiert unser König heute seinen Geburtstag. Sehn ereignisreiche Jahre hat er die Last der Krone getragen, viel Leid, wenig Freude hat er auf dem Throne erlebt. Wird das kommende Jahrgang seinem dahingegangenen Bruder gleichen? Wird es das Leid der Vergangenheit vergelten? Das sind Fragen, deren Beantwortung im Dunkel der Zukunft ruht. Der politische Horizont ist düster, schwere Wolken ziehen sich zusammen, Preußen geht vielleicht ersten Prüfungen entgegen. Was aber auch kommen mag, an einem Troste darf unser König, dürfen wir festhalten: es ist der starke Trost, den ein gutes Gewissen gewährt. Er hat Preußen stets auf der Bahn des Heils geführt, er hat seinem Volke Opfer gebracht, ohne daß es des strengen Zwanges bedürfte, er hat die Ehre und das Recht stets hoch und heilig gehalten, und die verbannte deutsche Arme hat auf seinem Throne ein Asyl gefunden, er hält seine Hand schützend über Deutschland, er wird, was es sein, dessen Recht mit dem Schwerte wahren; ein würdiger Hohenpörlzer, hat er stets die Tugenden seiner Ahnen geliebt, Tugenden, welche fest wie die Ehre, im preussischen Königsstamme wurzeln und die Volkrechte besser verbürgen, als alle Konstitutionen der Welt. Und so blicken wir denn getrosten in die Zukunft und vertrauen dem Höchsten, der das Gute, wenn auch oft auf Wegen der Trübsal, dennoch zum Ziele leitet. Mit diesen Gefühlen rufen wir: „Unser König Friedrich Wilhelm IV. lebe hoch!“ Die Versammlung erhob sich, mit lautem Jubel in diesen Ruf einstimmend.

Herr Graf Henkel. Am heutigen Festtage ist es wohl angemessen, des Nächsten am Throne und legitimen Thronfolgers, Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen, in Liebe und Ehrfurcht zu gedenken. Ungeachtet seines hohen Ranges, lebt er als Privatmann, ein Muster deutscher Biederkeit und Treue. Hiedurch, wie durch seinen Muth und seine Tapferkeit, hat er uns im vorigen Jahre die Liebe, das Vertrauen der Wadener und Rheinländer erworben. Er huldigt dem Fortschritte auf gesellig-konstitutionellem Wege und ist ein aufsichtiger Freund der deutschen Einheitsbestrebungen. Gott erhalte und beschütze uns den Prinzen von Preußen!

Herr Direktor Wiffowa leerte ein Glas auf glückliche Wahlen. Ein von dem Redner verfaßtes Lied (Melodie: Ich bin ein Preuze u. s. w.) ward unter Begleitung des Musikchors gesungen.

Hr. General v. Ischhoff räumte die Milde und Toleranz der Hohenzollern, die sich auch auf den lebenden König forterb habe, dessen ganzes Herz nur aus Verzeihen und Wohlwollen bestehe. Der Redner wünscht, daß die Gesellschaft fortwähren möge in alter Liebe und Treue für das angestammte Fürstenthum, daß ein Band der Veröhnung die Parteien umschlinge und dem Feinde gegenüber der Muth und die Entschlossenheit aller Vaterlandsfreunde sich vereine. Er schließt mit einem Hoch auf das Haus Hohenzollern.

Hr. Oberstaatsanwalt Fuchs: Es ist eine ernste Zeit, in der wir stehen, und wenn uns nicht alles täuscht, so befinden wir uns am Vorabende eines Krieges. Dieser Krieg wird sich nicht beseitigen lassen durch die Bemerkung, daß es ein Bruderkrieg sei. Es wird vielleicht ein Bruderkrieg sein, aber gegen einen ausgegliederten Bruder. In diesem Kampfe wird es sich darum handeln, ob in Deutschland verfassungsmäßige gesetzliche Freiheit oder unumschränkte Willkür herrschen, ob das weitere Vaterland endlich die gewünschte Einheit erreichen oder ein Konglomerat kleiner Fürstenthümer bleiben solle. Es wird ein Kampf sein, der mit vollem Ernste im kräftigen Verbande des preussischen Königs mit dem preussischen Volke für deutsche Ehre und deutsches Recht geführt wird. Auf einen solchen Kampf für Recht und Gerechtigkeit bringt der Redner ein Hoch aus.

Hr. Steuersekretär Voigt bringt eine Sammlung für die Armen, welche aus Noth das heutige Fest zu feiern nicht im Stande sind, in Anregung. Diefelbe ergiebt die Summe von 25 Thalern, wofür der Redner der Versammlung seinen Dank ausspricht.

Hr. Ruthardt gedenkt der Verdienste, welche sich die Herren Festsordner Leuthner, Löwe und Voigt erworben haben und läßt dieselben Hoch leben.

Hr. Stephan warnt die Versammlung, daß sie das Hochgefühl, welches sie besetzt, nicht im Pufel der Freude untergehen lasse.

Nachdem noch Hr. Vedell ein patriotisches Gedicht vorgelesen hatte, trennte sich die Gesellschaft in frohlichster Stimmung.

Im Theater wurde der königliche Geburtstag mit einem Prolog, gesprochen von Hr. Blattner, der Jubel-Duverture von Weber und der Aufführung des Klaischen Schauspiels „Der Prinz von Homburg“, begangen. Das Haus war festlich erleuchtet.

Sämmtliche höhere Schulanstalten feierten den gestrigen Tag durch Rede und Gesang.

Die meisten Häuser des Tanzenspielfaces waren gestern Abend an der Front glänzend erleuchtet.

Breslau, 15. Oktbr. Der Versuch der hiesigen Kriegsgesellschaft, die Verehrer des Königs zu einer gemeinschaftlichen Feier des Geburtstages unsers theuren Monarchen zu versammeln, war im vorigen Jahre zu wohl gelungen, als daß er nicht auch in diesem hätte wiederholt werden sollen. Deshalb erhielten die Mitglieder jener Vereine (Berg, Berndt, Bergsch, Hildebrandt, Graf Matschka, Nieß, Nießke, Wäcker, Wiener, Zimmer) den Auftrag, nicht nur alle hiesigen Behörden, sondern auch überhaupt Alle, welche ihrem Eide treu an dem Könige hängen, zu solcher Feier einzuladen. — Das Fest fand heute in dem hierzu würdig geschmückten Wintergarten unter zahlreicher Theilnahme statt. Nach einem Einleitungsgedie stellte der erwählte Festsordner, Gymnasialdirektor Dr. Schönborn, das eigenthümliche Verhältnis dar, in welchem die Preußen zu ihrem Königshause stehen, deren Persönlichkeit, Tapferkeit und Weisheit allein sie es zu verdanken haben, daß aus einzelnen Stücken Deutschlands ein Staat, mächtig, gesichert und benedict, zu einem Ganzen gefittet worden. Wenn nun auch unser theurer König dem Beispiele seiner Ahnen folgt und das Wohl seines Volkes will nicht erst seit 1848, sondern seitdem er den Zepter empfangen, so ist es seines Volkes heilige Pflicht, mit ihm gleiches Schrittes zu gehen in Liebe und Vertrauen. Auf dieses Wort erhob sich die Versammlung zum dreimal Hoch und zum Gesänge des Heil dir im r. Das darauf folgende Preussentlied zog ein unwillkürliches „Hoch Preußen“ nach sich, dem der kgl. Steuersekretär Stier und der Bergfaktor Kreyher Worte gaben. Nicht weniger feurig wurde Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland“ gesungen und demnächst auf des Statueurs Brichant Vorwort ein Hoch Allen gebracht, die in unwandelbarer Liebe und Treue an dem Könige gehalten auch in böser Zeit. Die Beantwortung der Frage: „warum wir Preußen unsers Königs Geburtstag feiern“ von S. Berndt; die Aufforderung des Bergfaktors Kreyher, uns des Königs würdig zu erweisen; eine gut gemeinte Anrede des Klemptnermeisters Rogt, dessen königspolke die Tafel schmückte, und ein Lied schlossen das Fest. Prachtkoller, genuß- und zahlreicher mag der Geburtstag hier und da gefeiert worden sein, herzlicher und inniger gewiß nirgends. (F. H.)

Breslau, 16. Oktober. Der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg ist in Begleitung seiner Frau Gemahlin mit dem heutigen Frühzuge der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn hieselbst eingetroffen. Auf dem Perron derselben hatte sich eine Deputation der konst. Bürger-Resourse zur Begrüßung des Ministers eingefunden. Hr. App.-G.-Rath Greiff hieß denselben im Namen einer Anzahl Patrioten willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die Sendung Sr. Excellenz nach Warschau von dem glücklichsten Erfolge gekrönt werde. — Der Minister dankte in freundlichen Worten und erinnerte daran, wie er heute vor zwei Jahren unsere Stadt im aufgeregtesten Zustande verlassen habe; es gereiche ihm daher zur Freude, einen so günstigen Umschwung in der politischen Stimmung der hiesigen Einwohnerchaft anzutreffen. Schließlich erkundigte sich der Herr Minister nach dem zu erwartenden Resultat der Gemeinderathswahlen; worauf Hr. Greiff erwiderte, man hoffe, daß die Wahlen im Sinne der Partei für gesetzliche Ordnung ausfallen werden. — Die Gäfte sahen nun nach dem Generalkommando-Gebäude, woselbst die Vertreter der Civil- und Militär-Verbänden vom Ministerpräsidenten empfangen wurden. Mit dem Mittagszuge der ober-schlesischen Eisenbahn segnet der Herr Minister sammt Frau Gemahlin ihre Reise nach Warschau fort.

Breslau, 16. Oktober. [Poliz-eiliche Nachrichten.] Vor mehreren Tagen war in dem Hause Gartenstraße Nr. 16 ein sehr frecher gewaltthamer Einbruch zur Nachtzeit verübt worden, wie in diesen Blättern bereits mitgetheilt worden. Es wurde mehrere Kupferzeuge, einige Kisten Cigarren, ein Hut Zucker, ein Satz Billardbälle, zwei Kanarienvögel und mehrere andere Gegenstände gestohlen. Es ist den Bemühungen der Polizeibehörde gelungen, die Thäter zu ermitteln und festzunehmen. Es sind dies alle, vierfach bestrafte Diebe, welche seit langer Zeit die öffentliche Sicherheit nicht nur in Breslau, sondern auch in einem weiten Umkreise gefährdet haben. Die erste Veranlassung zu der Entdeckung, welche in sicherheitspolizeilicher Beziehung von großer Wichtigkeit ist, gab der Besitz der Kanarienvögel aus Seiten der Diebe. Dschon einer derselben so klug gewesen war, dem Vogel, um ihn unentdeckt zu machen, den Schwanz auszureißen, so wurde doch, sowohl bei dem Festiger dieses Vogels, als auch bei dessen Complicen im Weisheit des Bestohlenen eine genaue Revision abgehalten, bei welcher nicht nur die Vögel von dem Eigenthümer sofort anerkannt, sondern auch ein Theil der Cigarren und des Zuckers und gar mancherlei andere verdächtige Gegenstände aufgefunden wurden. Es ist gelungen, von diesem Diebstahl die meisten gestohlenen Sachen wieder zu beschaffen. Der Werth der letzteren war zwar nicht von besonderem Belang, ist aber dadurch von großer Wichtigkeit geworden, daß sich an die Ermittlung dieses Diebstahls die Entdeckung einer Menge anderer bedeutender Diebstähle und Einbrüche geknüpft hat, die theils vor längerer, theils vor kürzerer Zeit verübt worden sind. Die Polizeibehörde ist mit der Befolgung der Sache auf das Eifrigste beschäftigt, da es klar ist, daß sie in den Thätern diejenige Bande vor sich hat, welche seit langer Zeit eine Menge Verbrechen gegen das Eigenthum begangen hat. Dschon bei der großen Menge der als Diebe sowohl wie als Helfer betheiligten Personen und bei der großen Zahl der zur Ermittlung vorliegenden Diebstähle sieht die Sache noch nicht übersehen läßt, so steht doch wenigstens schon so viel fest, daß von circa dreißig Diebstählen aller Art die Thäter ermittelt und zur Bestrafung gezogen werden dürften. Bei diesen Diebstählen sind viele von bedeutendem Belang und viele mit einer ganz besonderen Frechheit verübt worden. Leider hat die Polizeibehörde dabei wieder die traurige Erfahrung wahrnehmen müssen, daß viele Personen, deren völlige Unbescholtenheit und Verlässlichkeit Niemand bezweifelt hat, theils wegen sehr unvorsichtigen Ankaufs, theils wegen Diebesheisterei zur Untersuchung kommen werden. Die Sache ist übrigens eine der komplizirtesten, welche seit langer Zeit dagewesen ist.

Vor einigen Tagen wurde abermals an der Post ein Raub begangen und zwar wieder auf der Route nach Posen zu. Die Post geht Abends um 10 Uhr von hier ab. Muthmaßlich in der Gegend von Trebnitz wird ein oben auf dem Postwagen befindlicher Koffer durch Ausschneiden der Wache vom Postwagen unter gestohlen. Wie es möglich gewesen ist, von dem sehr hohen Postwagen den Koffer zu stehlen und wie die Diebe auf dem Wagen gelangt sind, hat bisher noch nicht ermittelt werden können. (Bresl. Anz.)

Welche Ausdehnung die Jagdliebhaberei seit dem Jagdgesetze von 1848 in wärdigeren Gegenden genommen hat, beweist unter Anderem die Thatfache, daß von der Regierung zu Ppeln bis zum 30. September für die diesjährige Jagd bereits 2696 Jagdscheine ausgegeben waren und noch immer Bestellungen auf neue Ausdehnungen von den Landbesitzern eingingen. (C. C.)

Δ Regnis, 15. Oktober. [Königs Geburtstag.] — (Einkommensteuer.) Der Geburtstag Sr. Majestät des Königs ist auf mannigfaltige Weise in unserer Stadt gefeiert worden. Schon gestern Abend wurde in der Loge in Bezug auf diese Angelegenheit von dem Vorstande ein Subscriptions-Abschied veranlaßt, woran sich eine große Anzahl von Mitgliedern betheiligte. Das Gymnasium beging diesen Tag durch einen

öffentlichen festlichen Akte, wozu durch ein Programm von dem Prorektor Professor Dr. Müller die Freunde der Anstalt eingeladen worden waren. Sechs Primaner traten als Redner auf und sprachen theils deutsch, theils lateinisch über verschiedene Themata. Die Schülerschaft hatte ein Festkönigsfest arrangirt und zog am Vormittage in Gala und unter Musik nach dem Schießhause. Das Militär hatte große Kirchparade und bog sich um 11 Uhr in die Ober- und katholische Kirche, in welchen beiden Gotteshäusern eine außerordentliche Kirchenfeier abgehalten wurde. Nachmittags um 2 Uhr war großes Diner in der Resourse. Wie vorausgesehen war, hat der letzte Stadtverordneten-Beschluß die zehrerige Kommunalsteuer in eine progressivere Einkommensteuer umgestaltet, bei vielen Einwohnern unserer Stadt große Unruhe hervorgerufen. Den Hausbesitzern ist durch eine öffentliche Erklärung des Magistrates die Erkenntnis geworden, daß sie nebenbei nach diesem Verhältnisse auch die königl. Grundsteuer zu entrichten, mithin also Lasten zu tragen haben, die ihnen keineswegs als leicht erscheinen. Die Wohnbesitzer resp. Begüterten, welche ihr Geld in Eigenthum verheeren und der Meinung sind, durch ihr Hiersein die Stadt vor dem Untergange zu sichern, fühlen sich tief verletzt, daß man sie nach diesem neuen Steuer-gesetz auf eine Weise brandschämen will, die zu ihren gegenwärtigen Abgaben durchaus in keinem Verhältnisse steht. Dadurch sind denn nun Magistrat und Stadtverordnete in eine recht schwierige Lage gekommen; denn von allen Seiten her erscheinen Bes-mängelungen dieser neuen Steuererhebung, wobei der Herr Magistrat ist: „Nunweg mit dem Neuen! man lasse es bei dem Alten!“ In Folge dieser mannigfachen Einwendungen haben sich denn nun die hiesigen Behörden veranlaßt gesehen, die betref-fende Angelegenheit nochmals einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. In der am verfloffenen Sonnabende diessehalb statt-gefundenen geheimen Stadtverordnetenversammlung soll die in Rede stehende Sache vielfach beleuchtet, zuletzt aber eine Kommission ernannt worden sein, welche den Auftrag erhalten hat, das Pro-et Contra gründlich zu erwägen und nächstens Bericht über das Resultat zu erstatten. Man harret mit Spannung des Aus-spruchs, den die Väter der Stadt thun werden.

Schweidnitz, 16. Oktober. [Der königliche Geburtstag.] Gestern feht um 6 Uhr verklärten 56 Kanonen-schüsse, daß Seine Majestät der König an diesem Tage in das 66ste Lebensjahr eintrete. Um 10 Uhr wurde auf dem großen Exercierplatze hinter dem Glasie vor dem Steigauer Thore von der versammelten Garnison, den Bürgergeschützen und dem Krieges-Vereine durch den Garnisonprediger Hahn der Militär-Gottes-dienst abgehalten; nach Beendigung desselben nahm der Kom-mandant Oberstleutnant Gofler die Parade ab. Um 11 Uhr wurde auf Veranlassung der Festfeier in dem hiesigen Gymna-sium ein Nebactus durch Gesang eingeleitet und geschlossen. Die Festrede, in welcher der Gehorsam gegen das Gesetz den künftigen Staatsbürgern besonders empfohlen ward, hielt Pro-rektor Brückner, der an seinen Vortrage Segenswünsche für den geliebten König und das Vaterland knüpfte. Gegen 1 Uhr Nach-mittags versammelten sich Beamte und Bürger theils zu dem von der älteren Resourse in dem Gasthose „zur Stadt Berlin“, theils zu dem von der jüngeren Resourse in dem Gasthose „zum goldenen Zepter“ veranstalteten gemeinsamen Mittagessen. Die Säle in beiden Gasthöfen waren festlich decorirt, in würdiger Ausschmückung prangte im Hintergrunde die Wüste Sr. Maj-estät des Königs Friedrich Wilhelms IV. Der Stadtmusikus sorgte an beiden Orten durch Musik für Erheiterung der Gäfte. Der Toast auf das Wohl Sr. Maj. des Königs wurde in der älteren Resourse durch den Kommandanten Oberstleutnant Gofler in allgemein ansprechenden Worten ausgebracht und das dreifache Hoch wurde durch Böllerschüsse draußen am Steigauer Thore beantwortet; diesem Toast folgten Trinksprüche, gehalten von den Generälen a. D. Chappuis, v. Karnap und dem Supercin- tendenten Haacke auf die Königin, den Prinzen von Preußen und das königliche Heer. Für einige bedürftige Veteranen wurden Sammlungen veranstaltet und ein von Wäntke in Breslau nach der Melodie „Ich bin ein Preuze“ gedichtetes Lied gesun-gen. In der jüngeren Resourse wurde der Trinkspruch auf Se. Maj. den König durch ein Vorstandsmitglied, den Conrector Dr. Schmidt, ausgebracht, der auf Preußens ruhmreiche Vorzeit und die Stellung, die unserm Staate die Geschichte in der Gegen-wart und Zukunft angewiesen zu haben scheint, hinwies. Ein von demselben dem Könige zu Ehren nach der Melodie „Ich bin ein Preuze“ verfaßtes Festgedicht sowie einige bekannte vaterlän-dische Lieder wurden gesungen; bei der Abingung des Liedes „Treue Liebe bis zum Grabe schwör ich dir mit Herz und Hand!“ nach der Melodie „Gott erhalte Franz den Kaiser“ erhob sich die ganze Gesellschaft, sich gegenseitig die Hände zu reichen. — Am Abende sah man mehrere Wohnungen in der Stadt erleuchtet. — Die beiden hiesigen Resourcen hatten zur Vorfeier bereits am 12ten und 14ten d. M. Wälle veranstaltet. — Auch die beiden Freimaurerlogen „zur wahren Eintracht“ und „Herkules“ begingen in gewohnter Weise durch eine Ver-feier am 14ten d. M. den königlichen Geburtstag in gemeinsa-mer Arbeit und Tafel.

Ratibor, 16. Oktbr. [Die gestrige Geburtstagsfeier des Königs] leitete die Schülerschaft schon Abends vorher durch Papsenfreud und Böllerschüsse ein. Gestern Morgen wurden wiederum Wälle gelöst und gegen 9 Uhr marschirte die Schülerschilde vor das Rathhaus. Hier waren der Chef-Präsident Wenzel, der Bürgermeister Semprich, der Stadtverordneten-Vor-sitzer Kommerzienrath Albrecht, mehrere Mitglieder des Ma-gistrats und der Stadtverordneten, so wie die Pfliziere, die nicht mit zur Fahnenweihe nach Troppau gefahren waren, versammelt und die Gide holte sie nach der Parade ab, woselbst ein feierliches Hochamt gehalten wurde. Nach dessen Beendigung stellte sich die Gide auf dem Markte auf und ein Gleiches geschah von dem hier nationierten Militär — Wäntke und Land-wob. Rittmeister v. Brochm und die oben genannten Her-ren nahmen die Parade ab und ersterer brachte in würdigen, Treue und Hingebung, Vertrauen und vollste Hochachtung ab-mendenden Worten ein dreifaches Hoch aus. Nachdem dann noch ein Vorbemerkung in Kolonnen stattgefunden hatte, gingen die Truppen auseinander und die Gide marschirte nach dem Schieß-hause, um ihr Medaillenschießen abzuhalten. Der Schülerschiff, Pflizerkämpfer Sobki, brachte hie ebenfalls ein Hoch auf Se. Majestät den König aus. Um diese Zeit fast war im Gym-nasium eine Feierlichkeit und sprach der Festsordner, Reichardt, über die Bildung der Jetztzeit und wie sie sein müßte, wenn sie eine christliche genannt werden soll. Mittags war auf dem Bahnhose ein Diner, woran sich Beamte und Bürger in großer Zahl betheiligten. Die hiesige Freimaurer-Loge beging den heuti-gen festlichen Tag in heerkömmlicher Weise. Gegen Abend zog die Schülerschilde mit den Decorirten nach der Stadt, um daß darauf sich beim Walle zu ereignen. Mehrere Häuser waren er-leuchtet.

Mannigfaltiges.

Berlin, 14. Oktober. Der Privatdozent in der philosophischen Fakultät zu Halle, Dr. Sprengel, ein Sohn des bekannten Botanikers Kurt Sprengel, hat sich kürzlich nach Poftein begeben, um an dem Kampfe Theil zu nehmen. — Der von Dr. Kraam er neuerdings erundene elektro-magnetische Schreibtelegraph, welcher mit ungleichem Erfolg und Präcision arbeitet, ist jetzt von der Regierung patentirt worden. Ein Exemplar dieses Schreibtelegraphen ist seit mehreren Wochen auf der Eime Berlin-Stettin im Gebrauche und befrichtigt allgemein. Das

neue vom Dr. Kramer dabei in Anwendung gebrachte System ist eben so ingenieus, wie neu und eigentümlich. (C. B.)

Insertate.

Bekanntmachung. Eingekend der Schlussbestimmung des § 87 der Städteordnung vom 19. November 1808 haben wir veranlaßt, daß zur rechten Weisheit der in den Tagen des 21. bis 24. Oktober d. J. für unsere Stadt zu vollziehenden Gemeindevorordneten-Wahlen bei dem Gottesdienste sowohl in den hiesigen Kirchen aller Konfessionen am Sonntag den 20. Oktober d. J., als in den Synagogen am Sonnabend den 19. Oktober d. J. jenes wichtigen Vorhabens in Gebet und Predigt gedacht werde.

Theater-Nachricht. Donnerstag den 17. Okt. 14te Vorstellung des vierten Abkommens von 70 Vorstellungen.

Bei Joh. Urban Kern, Ring Nr. 2 sind so eben eingetroffen und zu haben: Göthes sämtliche Werke, 1. u. 2. Band, gr. 8. Prachtausgabe, jeder Band à 24 Sgr.

Das große Anlehen des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt vom Prinzen von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Coburg und andern Fürsten, bietet die schönen Gewinne von fl. 25000, 20000, 18000, 16000, 14000, 13000, 12000, 11000, 10000, 10 à 5000 kr. bis fl. 12 abwärts.

Verbesserter Rheumatismus-Ableiter, sowie Rheumatismus-Ketten, a Stück 10 - 15 Sgr., 1 1/2 - 2 und 3 Rthl.

B. SPEYER. En gros et en détail alle zur Herren-Toilette gehörigen Gegenstände. En gros et en détail alle zur Damen-Mäntel und Steppdecken. Fabrik Chlorow.

Wintergarten. Heute: Abonnements-Konzert. Zur Aufführung kommt unter Anderm: Jubel-Ouverture von Weber.

Erklärung. Gegenüber den Verdächtigungen mehrerer Zeitungen gegen den Herrn Professor Branik erklären wir hierdurch, daß derselbe nur die ihm als Vorsitzenden gegebenen Aufträge ausgeführt hat.

Kaufmännischer Verein. Allgemeine Versammlung im Café restaurant Donnerstag den 17. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1) Schulbericht. 2) Befähigung der Handeltreibenden.

Städtische Ressource. Das erste Winterkonzert findet den 22. Oktober im Wintergarten statt. Eröffnung des Vokals 2 Uhr, Beginn des Konzerts 3 Uhr.

Französi. Thibets in der feinsten Qualität, 2 Ellen breit, in jeder beliebigen Farbe, verkauft ich trotz der Steigerung der wollebenen Waaren zum alten Preise von 17 1/2 Sgr. pro Elle.

Bamberger Bier. wird vorzugsweise heute und morgen ausgeschenkt im Braunschweiger Keller, Ohlauerstr. 5/6, zur Hoffnung.

Düffels zu Winterrocken. habe ich ein Sortiment der modernsten Farben von einer renomirten inländischen Fabrik in so vorzüglicher Qualität empfangen, daß diese Waare fast der bedeutend theueren englischen gleichkommt.

Zum Einkaufspreis. empfiehlt in neuer Sendung, acht Quartier Weinweibern in schönster Auswahl, zum Treiben für Gläser und Topfe geeignet, zur gefälligen Beachtung: der Kunst- und Handelsgärtner Eduard Monhaupt, Gartenstr. Nr. 6, Breslau.

English language. A young student, who is born in London, wishes to give fundamental instruction, in the English language. Charges are moderate.

Unsere herzlichsten Dank dem Herrn Dr. Lange in Breslau, welcher unsere liebe Mariechen durch eine sehr glücklich vollzogene Operation von einem gefährlichen Uebel heilte und uns dadurch von einem unbeschreiblichen Kummer befreite.

Wollene Umschlag-Lücher für den täglichen Gebrauch, 1/2 groß, in ganz schwerer Waare, empfehle ich in großer Auswahl.

Agenten-Gesuch. Für ein liberal leicht zu betreibendes Geschäft, welches namentlich bei zahlreicher Bekanntheit sehr ausgebreitet werden kann, werden thätige und reelle Agenten gegen 33 1/2 % Provision Bewilligung gesucht.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.

Ein Rittergut in Schlessen, im Preise von 70-100,000 Rthl., auf welches ein Haus in Dresden im Preise zu 50,000 Rthl. mit angenommen, wird zu kaufen gesucht.

Guten Tafel-Reis à Pfund 1 1/2 Sgr., - 25 Pfund für 1 Rthl., ben Centner 3 1/2 Rthl.

Neues Etablissement. Unter heutigem Tage habe ich hierorts, Neufeststraße Nr. 2 ein Tuch- und Herren-Garderobe-Geschäft eröffnet, welches ich, unter Zuzuführung der besten und billigsten Bedienung bei festen Preisen einem geehrten Publikum hiermit ergebenst empfehle.

Heilige Geistsstraße Nr. 14. Ich wohne jetzt: Heilige Geistsstraße Nr. 14. Dr. Pasack.

Umschlag-Lücher für den täglichen Gebrauch, 1/2 groß, in ganz schwerer Waare, empfehle ich in großer Auswahl.

Agenten-Gesuch. Für ein liberal leicht zu betreibendes Geschäft, welches namentlich bei zahlreicher Bekanntheit sehr ausgebreitet werden kann, werden thätige und reelle Agenten gegen 33 1/2 % Provision Bewilligung gesucht.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.

Wollene Strumpfgarn, besonders aber Kammgarn, so wie auch alle Arten schlechte Schaafwollengarne nebst Wigogne, und alle Arten Besätze, Gimpen und Agaments, empfiehlt in größter Auswahl: C. Lucas, Schmiebedrücke Nr. 28.